

44. Jahrgang

4-2011

€ 4,50

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

Schöne Bescherung

Inhalt

Kolumnen

- 3** Hermann Schulz
Von den Herren der Krähen – Anmerkungen zum kenianischen Autor Ngugi wa Thiong'o
- 4** Wolfgang Belitz
Die neoliberale Konterrevolution frisst ihre Kinder

Schwerpunkt: Krieg und Frieden

- 5** Wolfgang Dominik
Rüstungspolitik und Kriegsbeteiligung vor unserer Haustür – NRW und seine militärische Bedeutung
- 7** Ute Mark
Das Simulationsspiel PO&LIS – ein „Renner“ der Militärpropaganda
- 8** Peer Heinelt
Kriegsforschung in Nordrhein-Westfalen
- 10** Rolf Euler
Militärforschung unter Tarnflagge
- 12** Jürgen Wagner, IMI e.V.
Die Geostrategie europäischer Macht: 'Grand Area' – ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster
- 16** Marianne Bosshard
Vom Schnee ins Blut.
 Der Weg des Franz Stangl nach Treblinka
- 18** Johannes Weissinger
Fragen eines Protestanten beim Betrachten eines Fotos

Menschenorte 13

- 20** Wolfgang Dominik und Manfred Walz
Sich erinnern heißt immer: Von der Zukunft ist die Rede! – bei Klaus Kunold in Bochum

- 20** AMOS
Degenhardt † 14.11.11

1WURF

- 21** Au Loong Yu
Mitbestimmung, chinesisch interpretiert (2)

- 22** solidarity-us.org
Solidarität: Besetzt Wall Street!

Palästina

- 23** Bewegung für Boykott, Divestment und Sanktionen BDS – am 27.11.2011 in den „Besetzten Gebieten“
Europas Aufruf an Supermärkte und Regierungen, um Israels Apartheid von der Speisekarte zu nehmen

Impressum ...	Seite 9
Abo-Bestellschein ...	Seite 8
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 10, 14, 15, 17
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 10
Anzeige KD-Bank ...	Seite 15
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 19
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

„Es weihnachtet sehr ...“ Aber wie wird Frieden? Während die weltweite Ökumene die Irrlehre vom „gerechten Krieg“ verwarf und für „gerechten Frieden“ eintritt, signalisieren die beiden großen Kirchen durch ihre Militärbischöfe weiter („seelsorgerisch“) Verständnis für die Beteiligung am Krieg in Afghanistan. Und die Kriegsgefahren werden verschärft, u.a. im Nahen und Mittleren Osten. Der Appell von **AMOS**, kultuRRevolution, DISS und einigen hundert UnterzeichnerInnen von Anfang 2010 war und ist ebenso realitätsnah und analytisch richtig wie höchst dringlich: „Heraus aus der Sackgasse in Afghanistan!“

Seit dem 11. September 2001 steht auf der Agenda „der Islam“ und davon ausgehende „terroristische Gefahr“. Damit wurde alles legitimiert: vom vielfachen Verfassungsbruch und der flächendeckenden geheimdienstlichen Ausforschung bis hin zu den verlogenen inszenierten blutigen Kriegen ... – während in Norwegen ein Breivig nazi-ideologisch seinen Massenmord zur Rettung des „Abendlandes“ vor „Kulturmarxismus“, vor „dem Islam“ und vor „politischer Korrektheit“ im Internet verkündete und dann mit ungeheuerlicher Präzision ausführte – und die Rassisten in ganz Europa längst vernetzt, trainiert, aufgerüstet und mit Abschusslisten ausgestattet sind – und die professionell ausgeführten Taten der braunen kriminellen Bande aus Zwickau angeblich „niemand für möglich gehalten“ hätte ... – und Synergien zwischen Politik, Verfassungsschutz und Nazi-Sumpf aufscheinen. – Es ist eine alte richtige Forderung: Geheimdienste und geheime Staatsorgane müssen abgeschafft werden. Es zeigt sich: Wir alle müssen mit in dieser Richtung dranbleiben.

So drängen sich auch bei der Arbeit an diesem **AMOS** weitere Forderungen auf – und mögen sie auch heute noch so utopisch erscheinen: Die Bundeswehr muss ganz abgeschafft werden und die EU braucht konsequente Entmilitarisierung (das beste Sparprogramm in der EU!). Es braucht bei uns AntimilitaristInnen weiterhin Informationen und Analysen, dafür liefert dieser **AMOS** wieder Beiträge. In dramatischen weltpolitischen Umständen können Positionen, die lange Zeit als utopisch belächelt wurden, auf die offizielle politische Tagesordnung kommen. Erinnerung sei an die seit vielen Jahrzehnten konsequente Antiatombewegung und nun als Anfang den Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie (sogar im deutschen Alleingang), und dass die von Attac seit einigen Jahren geforderte Finanztransaktionssteuer auf der Tagesordnung der EU-Politik steht.

Wegen der Brisanz wird auch **AMOS** 1|2012 von „Krieg und Frieden“ handeln. Und für 2012 plant **AMOS** dann folgende weitere Schwerpunkte als Arbeitsthemen:
 2|2012: „Wildwuchs“ – „Green Economy“
 3|2012: „Occupy“ – Krisen
 4|2012: „Metropolregion“: Kultur von oben – Leben unten.

Wir freuen uns über jedes neue Abonnement (18 €); zu Geschenkzwecken liegt ein Bestellschein bei. Und willkommen ist jedes neue Mitglied im „**AMOS**-Verein zur Förderung interkultureller, interreligiöser und sozialpolitischer Bildung e.V.“ – für nur 36 Euro im Jahr (gegen Spendenbescheinigung und Gratislieferung des **AMOS**).

Der *Ökumenische InformationsDienst* liegt zum letzten Mal bei. Wir danken dem ÖID für die Ausgaben 2011 und empfehlen zum eigenen Abonnement ab 2012 (10 € für drei Hefte pro Jahr)

Wir wünschen allen zu Weihnachten und für das neue Jahr ein gutes Arbeiten und Leben für Gerechtigkeit und Frieden, überall!
AMOS

Hermann Schulz

Von den Herren der Krähen

Anmerkungen zum kenianischen Autor Ngugi wa Thiong'o

In der „Zeit“ vom 29. September 2011 und anderen Feuilletons galt Ngugi als „heißer Kandidat“ für den diesjährigen Literatur-Nobelpreis. Die „Zeit“ schrieb auch, er sei einer der großen Unbekannten und nur in Kreisen von Afrikanisten im Gespräch. Dieses Urteil kann man bei genauerem Hinsehen nur eingeschränkt teilen. Einige seiner Romane erreichten in deutscher Sprache erstaunliche Auflagen, nicht zuletzt durch das Engagement der sog. Dritte-Welt-Läden, deren Leistungen für die Literatur der südlichen Kontinente selten gewürdigt werden.

Solange seine Bücher in englischer Sprache erschienen, waren sie in den Augen der Mächtigen seines Landes wenig wirkungsvoll, und der Autor blieb relativ unbehehlt. Erst als Ngugi begann, seine Werke auf Gikuyu zu veröffentlichen und Theaterstücke auf den Dörfern in der Sprache der Bauern aufzuführen, wurde der Geheimdienst des Arap-Moi-Regimes in Kenia aufmerksam. 1977 erschien sein Roman „Petals of Blood“ (deutsch: „Verbrannte Blüten“), ein Meisterwerk als Roman, eine bittere große Erzählung von den neokolonialen Verhältnissen Afrikas, vor allem Kenias. Ohne Gerichtsverhandlung wurde er eingesperrt. Noch im Gefängnis schrieb er, auf Toilettenpapier, seinen ersten Roman in seiner Muttersprache Gikuyu („Devil on the cross“).

Nach einem Jahr kam Ngugi frei, nicht zuletzt durch die Interventionen der Frankfurter Buchmesse. „Verbrannte Blüten“ war schon 1979 in der DDR erschienen; wir (im Peter Hammer Verlag) überlegten aus Kostengründen, diese Übersetzung für die westdeutsche Ausgabe zu benutzen. Es zeigte sich aber beim Textvergleich, dass diese Fassung stark politisch-ideologisch gefärbt war und der Übersetzer wenig vom speziellen Gebrauch des Englischen in Kenia wusste. Für die Übersetzung des 600 Seiten starken Romans gewann der Verlag Susanne Koehler. Sie hatte zehn Jahre lang in Kenia gelebt, kannte alle Romane Ngugis, war aber als Übersetzerin noch unerfahren. Mit der Übersetzungsleistung zeigte sie ihre überragende sprachliche Begabung und Sorgfalt und Treue dem Original gegenüber. Um alle Missverständnisse zu vermeiden, reiste sie auf eigene Kosten nach Kenia und verbrachte mit Ngugi eine Arbeitswoche. „So sorgfältig hat noch kein Übersetzer eines meiner Bücher behandelt“, sagte Ngugi dankbar beim Abschied.

Ein grandioses Bild des nachkolonialen Afrika, „ein wuchtiger Steinbruch“, wie Günter Grass das Buch in einem Gespräch nannte.

2010 erschien auf Deutsch „Träume in Zeiten des Krieges. Eine Kindheit“. Das Buch hat seinen eigenen Reiz für alle, die mehr wissen wollen von afrikanischer Lebensweise auf dem Land unter der Kolonialherrschaft, von den Schwierigkeiten in der nachkolonialen Ära, Arbeit, Schule, Familie, Traditionen, Geisterglaube, Religion, Bildung und Technik in der neuen Zeit zu bewältigen. Mich erinnerte dieser Kindheitsbericht, und das trifft auch für „Herr der Krähen“ und „Verbrannte Blüten“ zu, an mein Gespräch mit Ngugi während einer Begegnung in Köln über die vielen biblischen Anspielungen und Bezüge in seinen Büchern. Er, der die christliche Missionierungspraxis eher kritisch sieht, erzählte lächelnd, dass die Bibel das erste

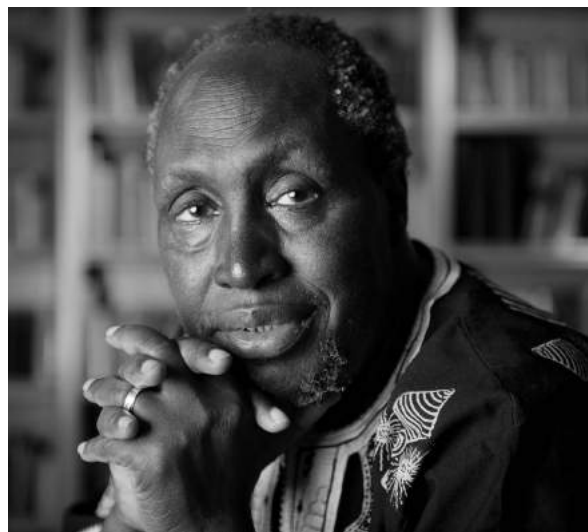


Foto: Daniel A. Anderson

„richtige“ Buch gewesen sei, das man ihm gegeben hatte. „Die Worte waren wie Musik“, heißt es in seinen Kindheits-erinnerungen.

Neben dem Roman „Verbrannte Blüten“ ist die 950-Seiten-Erzählung „Herr der Krähen“ (2011 auf Deutsch) zweifellos sein Hauptwerk. Die Freie Republik Aburiria wird von einem Despoten beherrscht, „eine Mischung aus Operettenfigur, Mafiaboss und Menschenschlächter“ (Die Zeit). Er lässt sich mit „Seine allmächtige Vortrefflichkeit“ ansprechen. Mit dem Geld der Global Bank von New York möchte er ein Bauwerk zu seinen Ehren errichten, „Marching to Heaven“ soll es heißen; auch hier eine biblische Anspielung auf den Turmbau zu Babel. Was im Vorfeld von Geldbeschaffung, Ämtervergabe, Korruption, Streit der Minister um die Gunst des Herrschers, vielfältigen Bezügen zu Dämonen, Demonstrationen der Arbeitslosen, schließlich der Reise des Diktators nach New York entwickelt wird, ist eine grandiose Menschheitskomödie und beißende Abrechnung mit den herrschenden Klassen Afrikas.

Seine beiden großen Romane spiegeln Afrikas Alltag, die Seele der Menschen, ihre Leidensfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft, ihre Kraft zum Aufruhr und ihren nie versiegenden Humor. Ngugi ist sich in allen seinen Büchern treu geblieben, als afrikanischer Patriot und als ein Autor, dem der Kampf um Menschenrechte und Freiheit immer wichtiger war als die Anerkennung der Herrschenden. Natürlich ist „Herr der Krähen“ eine böse Satire, aber wer sich mit den Verhältnissen im Schatten der Machtentfaltungen dieses Kontinents beschäftigt hat, weiß, dass Ngugi wenig übertreibt.

Er ist sicher der wichtigste Autor Ostafrikas und einer der ganz Großen des Kontinents.

Wir verzichten auf zu viel, wenn wir seine Bücher nicht wahrnehmen!

„Verbrannte Blüten“ erschien 2011 in einer Neuauflage im Peter Hammer Verlag, Wuppertal.

„Träume in Zeiten des Krieges“ und „Herr der Krähen“ erschienen im A1 Verlag München.

Hermann Schulz leitete von 1967 bis 2001 den Wuppertaler Peter Hammer Verlag. Er lebt als Autor von Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbüchern („Auf dem Strom“, „Sonnennebel“, „Leg nieder dein Herz“ u.a.) in Wuppertal.

Wolfgang Belitz

Die neoliberale Konterrevolution frisst ihre Kinder

Globalisierung heißt der bis heute ungehinderte Siegeszug der neoliberalen Konterrevolution über den gesamten Erdball. Die Folge sind Milliarden von Verlierern und Millionen von Gewinnern. Niemand und nichts bleibt unbehelligt außer dem Neoliberalismus selbst. Er ist unbeendbar und wird mit jeder Niederlage stärker und nicht etwa schwächer. Vor drei Jahren habe ich in der Weihnachtsausgabe von **AMOS** die Geschichte von Naomi und Josef in drei Kapiteln erzählt, eine verheißungslose Unheilsgeschichte vom Schicksal des Neoliberalismus, der im Augenblick seines grandiosen Scheiterns in der Bankenkrise seinen größten Sieg errungen hat. (s. auch im unten angegebenen Buch, S. 198 – 201) Der unendlichen Unheilsgeschichte ist jetzt ein neues 4. Kapitel hinzuzufügen.

Das 1. Kapitel trug und trägt die Überschrift „Kapitalismus ohne Arbeit“. Die lebensnotwenige Arbeit der Menschen wird wie selten zuvor „mit Füßen getreten, geschändet, missachtet.“ Es ist ein Millionenheer von arbeitenden Armen entstanden, das ständig anwächst. Deutschland hat den stärksten Anstieg des Niedriglohnssektors in ganz Europa mit nach unten offenen Grenzen, weil wir das einzige Land ohne Mindestlohn sind. Neuere Zahlen aus dem letzten Jahrzehnt sagen, dass die Normalarbeitsverhältnisse um 3% und die Reallöhne um 4,5% gesunken sind. Die Zahl der Geringverdiener stieg um 46%, die der befristet Beschäftigten um 44%, die der Teilzeitarbeitenden um 38%, die der geringfügig Beschäftigten um 72%. Da kommen selbst den Konservativen Zweifel.

Das 2. Kapitel trug und trägt die Überschrift „Kapitalismus ohne Steuern“. Es behandelt ein weiteres Lieblingsprojekt der neoliberalen Konterrevolution, weil nach der Pferd-Spatz-Theorie das Kapital entlastet und entfesselt werden muss, damit es sich in jeder Hinsicht und Richtung unbändig vermehren kann, damit es allen gut geht, auch wenn es der Mehrheit dabei schlechter geht. Wer auf eine Vermögenssteuer verzichtet, den Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer von 56 Prozent (1989) auf 42% (2006) absenkt, die Einkommenssteuer der Unternehmen (Körperschaftsteuer) von 40% auf nunmehr 15% vermindert, darf sich nicht wundern, dass die Staatseinnahmen zu gering sind, um die Schuldenfinanzierung der Ausgaben der Öffentlichen Hand abzubauen. Die Schuldenuhr in Deutschland zeigt im Augenblick auf mehr als 2.000 Milliarden Euro. Nur das Kapital kann sich da wohlfühlen. Alle seine Wünsche wurden vom Staat bedingungslos erfüllt. Und es kommt noch immer besser.

Das 3. Kapitel trug und trägt die Überschrift „Kapitalismus ohne Risiko“. Der Staat wurde gebraucht als Deregulierer der Finanzmärkte, als radikaler Förderer der „innovativen Finanzprodukte“, die nachher als „toxisch“ bezeichnet werden sollten, und als nachdrücklicher Unterstützer des „Ausbaus des Verbriefungsmarktes“ (der Ursprung der Bankenkrise) zur Aufwertung des Finanzplatzes Deutschland. Nach diesen Befreiungsschlägen war den Finanzmärkten keine Spekulation zu riskant. Sie verspritzten ihr Gift so lange, bis es auf beiden Seiten des Marktes deutliche Vergiftungserscheinungen

gab. Einige Akteure, auch große, verstarben vor den Augen der Weltöffentlichkeit, andere wurden mit voluminösen Spritzen gerettet oder an den Tropf gehängt, um das System am Leben zu erhalten, wenngleich es 2008 verstorben war, wie Josef Stieglitz damals feststellte.

Einen Augenblick lang flirtete die Luft vor Vorschlägen zur Reregulierung der Finanzmärkte von der Transaktionssteuer bis zur Verstaatlichung des Bankensystems. Geschehen ist bis heute gar nichts, weil „die Brandstifter am Steuer des Löschfahrzeuges (sitzen)“, wie Friedhelm Hengsbach frühzeitig nachweisen konnte. Der Kapitalismus ohne Risiko war auf einer neuen Stufe angekommen, aber die Kinder der neoliberalen Konterrevolution sind angefressen.

Es gibt nunmehr ein 4. Kapitel mit der Überschrift „Kapitalismus ohne Staat“. Seit Beginn der Banken- und Finanzkrise konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Eliten und ihrer Medien auf einen neuen Topsterminus: die Märkte! Seit F.A. von Hayek wissen wir, dass der Markt keine Naturerscheinung, kein Menschenwerk und keine Gottesgabe ist, sondern ein transmetaphysisches höchstes Wesen, eine Art Superhypostase, vor der sich die Knie aller beugen müssen im Himmel und auf Erden. Die Verwandlung des Singulars in den Plural verkündet Machtzuwachs der Supergöttin in der Krise. Die galaktische Institution hat alle erdenklichen Eigenschaften und Verhaltensweisen einer jener Personen, die seither den Gang der Politik bestimmen. Mit pathologischer Aufmerksamkeit verfolgen die politischen Eliten und ihre Medien selbst die geringsten Regungen der Märkte, um entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Superhypostase hat sich die Staaten der Erde nicht nur untertan gemacht. Sie ist jetzt sogar darangegangen, die jeweils schwächsten Staaten wie ein Raubtier zu verschlingen. Die Steuersenkungen schwächen die Staaten, treiben daher die Verschuldung in schwindelnde Höhen bis zur drohenden Zahlungsunfähigkeit. Die Superhypostase wettet rücksichtslos auf das Ende und macht mit dem drohenden Tod Gewinne. Der neoliberale Staat wird das Opfer der Mächte, die er rief.

Ein 5. Kapitel kann es nicht mehr geben. Es hat keinen Sinn, die sterbenden Staaten gemäß den Daumenbewegungen der Superhypostase retten zu wollen. Entweder es gelingt der Staatengemeinschaft, die Superhypostase in Fesseln zu legen oder die neoliberale Konterrevolution frisst viele ihrer Kinder. Europa aber wird regiert von Nikolaus (Nicolas Sarkozy), dem „Sieger für das Volk“ (wie Nicolas auf Deutsch übersetzt heißt) und von einem „Engel“ (Angela Merkel). Na dann: Fröhliche Weihnachten!

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, seit über 10 Jahren ständiger Kolumnist des **AMOS**, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 **AMOS**-Kolumnen von Wolfgang Belitz, erschienen von 1998 bis 2010, sind veröffentlicht in: **Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution**. Hg. von Walter Wendt-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Wolfgang Dominik

Rüstungsproduktion und Kriegsbeteiligung vor unserer Haustür

NRW und seine militärische Bedeutung

In seinem „Rüstungsatlas Nordrhein-Westfalen“ (2008) nennt Paul Schäfer 46 Orte mit zum Teil mehreren Bundeswehreinrichtungen. Das dürften 2011 unwesentlich mehr oder weniger sein (<http://www.paulschafer.info/nc/presse/detail/zurueck/publikationen-und-broschueren/artikel/ruestungsatlas-nordrhein-westfalen/>).

Dazu kommen 33 Städte mit wiederum oft mehreren Betrieben mit Rüstungsproduktion/Wehrtechnik. An 9 Hochschulen/Forschungsinstituten wird Rüstungsforschung betrieben. Das dürften nach verschiedenen Autoren noch mehr sein, weil oft durch die Definition „dual use“ nicht deutlich zwischen ziviler und gleichzeitig militärisch verwendbarer oder militärischer, aber auch zivil verwertbarer Forschung unterschieden werden kann. Komplettiert wird das durch 3 Standorte der britischen Armee.

Bei zahlreichen Beispielen im Text beziehe ich mich auf Paul Schäfer. Es ist sonst schwierig, an genaue Zahlen zu kommen. Schäfer bietet die neuesten Fakten.

Durch die Umstrukturierungspläne der Bundeswehr wird die kriegereische Funktionalität der Standorte erhöht. Es geht auch bei den wenigen Standortschließungen um Abwerfen von Ballast, z.B. der Kreiswehrrersatzämter, deren Tätigkeit wegen der Aussetzung – nicht Abschaffung (!) – der Wehrpflicht überflüssig wurde.

Bundeswehreinrichtungen in NRW

Die Bundeswehreinrichtungen in Nordrhein-Westfalen reichen von Aachen bis Witten. In Aachen sind es z.B. 3 Kasernen und die Technische Schule des Heeres/Fachschule des Heeres für Technik. Diese Fachschule wird von Schäfer nicht unter die Forschungseinrichtungen gezählt, da offensichtlich die 1.100 SoldatInnen und 300 MitarbeiterInnen „nur“ in militärischer Technik ausgebildet werden – vermutlich auch Angehörige des KSK (Kommando Spezialkräfte). In Witten z.B. betreibt die Firma FIRMITATIS Dienstleistungen in Sachen Sicherheit. Diese Firma ist wie andere Firmen Mitglied der GSW, der Gesellschaft für sicherheits- und wehrtechnische Wirtschaft in NRW e.V.: „Ihr Partner für Sicherheit und Wehrtechnik“ (<http://www.gsw-nrw.de/>). Daneben gibt es auch die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik, ein anderer Lobbyverband der Rüstungsindustrie. Zahlreiche Standorte entsenden Kampfeinheiten im Rahmen der gegenwärtigen Kriege, in die die Bundesrepublik sich gedrängt hat, weil sie Mitspracherechte bei der „wachsenden internationalen Verantwortung“, also bei der Vergabe der globalen Ressourcenplünderung, haben will. Aus Augustdorf ist die Panzerbrigade 21 in Afghanistan, die aber auch schon in Somalia, Bosnien-Herzegowina, Kosovo war. Sinnigerweise ist die Kaserne dort nach Generalfeldmarschall Rommel, lange Zeit ein Bewunderer Hitlers, benannt. Aus Nörvenich ist das Jagdbombergeschwader „Boelcke“ (Oswald Boelcke wurde als Kriegsheld schon von den Faschisten mit Kasernen- und Geschwadernamen geehrt) für Kampfeinsätze im Rahmen der NATO und der EU-Krisenreaktionskräfte vorgesehen. Das ABC-Abwehrbataillon 7 aus Höxter war schon in Afghanistan. Das

1. Deutsch-Niederländische Korps aus Münster ist Teil der QRF (Quick Reaction Force) in Afghanistan. Die NATO Response Force verlangt, dass u.a. das ABC-Abwehrbataillon aus Höxter innerhalb von 5 Tagen, wenn nötig, ans Ende der Welt zu verlegen ist. Der ‚War against Terror‘ ist halt global – „unsere“ Rohstoffe allerdings auch! Wer Terrorist ist, wird je nach Bedarf definiert. Ein Transporthubschrauberregiment aus Rheine ist seit 2002 in Afghanistan.

Offiziell „operieren“ diese Einheiten alle im Rahmen der ISAF (International Security Assistance Forces), tatsächlich lassen sich die Unterschiede zum Krieg der OEF („Operation Enduring Freedom“ – Krieg für „andauernde Freiheit“) nicht ausmachen – wobei es sich eigentlich erübrigt zu bemerken, dass kein Mensch weiß, wie diese Freiheit aussehen soll.

Wer die vergangenen und gegenwärtigen Einsatzgebiete der Bundeswehr zur Kenntnis nimmt, ahnt, warum das Kriegsministerium immer wieder stolz mitteilt, dass über 300.000 deutsche SoldatInnen inzwischen „Auslandserfahrungen“ haben. Als Mitglied der Friedensbewegung seit 1966 hätte ich vor 20 Jahren nie einer entsprechenden Prognose geglaubt. Was wird eigentlich in 20 Jahren sein?

Rüstungsproduktion/Wehrtechnik

Im Rahmen dieser Darstellung können von den vielen nur wenige Betriebe genannt werden, die zusammen mit den anderen militärischen Einrichtungen Nordrhein-Westfalen zum Rüstungs-Bundesland Nr. 1 machen. Wahrscheinlich werden ca. 30% der Rüstungsinlandsaufträge an Firmen in NRW vergeben. 70% der Aufträge führen zum Export von militärischem Gerät – was Deutschland ja zum drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt macht. Spektakuläre Großaufträge wie Kriegsschiffe und Kriegsflugzeuge werden nicht nach NRW vergeben, aber als Zulieferer von Teilen dieser Großaufträge – wie z.B. elektronischem Gerät, effektiver Ausrüstung für SoldatInnen und Panzerungen für Fahrzeuge – ist NRW durchaus wichtig. Der „Infanterist der Zukunft“, mit allem möglichen High-Tech-Kriegsgerät und Tötungswerkzeugen ausgerüstet, kommt z.T. aus NRW. Aus Aachen von T-Systems GEI GmbH kommen Teile der Software für die Fregatte F 124, bei AirRobot in Arnsberg werden Drohnen entwickelt, in Burbach bei Dynamit Nobel Defence GmbH (Defence – eigentlich ist alles, was Krieg bedeutet, „Defence“, Verteidigung, immer schon gewesen) werden Panzerabwehrwaffen, verschiedene Panzerfäuste, Unterwasser-Gefechtsköpfe und Unterwasser-Raketenantriebe produziert. In Lohmar sorgen gleich drei Firmen für „unsere Sicherheit und Verteidigung“. Und Verteidigung Deutschlands beginnt am Hindukusch und endet bestimmt nicht im Kongo; da liegt immerhin „unser“ Coltan. Die Firma ETEC, Gesellschaft für Technische Keramik GmbH, sorgt sich um den Objektschutz gepanzerter Fahrzeuge – zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Das Ingenieurbüro Deisenroth rüstet selbst israelische Panzer und us-amerikanische Stryker-Kampffahrzeuge mit Zusatzpanzerungen aus. Andere Firmen, die z.B. der GSW angehören, entwickeln „nur“ Sicherheitsglas, das sicher auch zivil

da und dort genutzt wird – oder treiben experimentelle wehrtechnische Forschung. Ein vielleicht besonders makabres Beispiel: In Mechernich produziert die Firma mayday24 die Notfall-Hotline-Plaketten für Not- und Todesfälle – also wie so viele ein Unternehmen, das garantiert auch für zivile Zwecke produziert, aber der GSW angehört. Panzerketten für alle Kettenfahrzeuge werden von Diehl Remscheid produziert; dieses Unternehmen ist weltweit führend bei der Produktion von Panzerketten. Panzerketten aus Remscheid finden sich sowohl in Weißrussland als auch in Botswana, Polen, Österreich, Großbritannien, Brasilien, Marokko ... Die Rüstungssparte der Rheinmetall hat natürlich wieder das „Defence“ im Namen: Rheinmetall Defence, mit 6.800 MitarbeiterInnen einer der ganz Großen, führend in der Luftabwehr und bei gepanzerten Fahrzeugen. Am Leopard ist Rheinmetall beteiligt. Andere Panzer der „Raubtierreihe“ (Puma und Fuchs) sind auch beliebte Export-Artikel.

Hochschulen/Forschungsinstitute

Die Forschungsgemeinschaft für angewandte Naturwissenschaften e.V. (FGAN) in Wachtberg ist vernetzt mit den Universitäten Siegen, Bonn und der RWTH Aachen. Wehrtechnische Forschungsschwerpunkte sind neueste Verfahren der Radartechnik, neueste Methoden der Sensorik, Elektronik und Informatik für die Erstellung und Analyse von per Flugzeug oder per Satelliten gewonnenen Radarbildern. Darüber hinaus wird an der Uni Bonn mit der „Battle Management Language“ (BML) eine militärische Sprache entwickelt, die automatisch verarbeitet werden kann. An der FernUniversität Hagen wird ein Kleinstluftschiff entwickelt, das ebenfalls zur Aufklärung auch militärischer Situationen beitragen soll. An der Uni Duisburg werden Brennstoffzellen u.a. für U-Boote erforscht.

Das „Verteidigungsministerium“ stellte 2010 1,1 Milliarden Euro für militärische Forschung bereit, aber alle Angaben, wer welche Drittmittel erhält, unterliegt seit Herbst 2010 der „Geheimhaltungsordnung“ (<http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum/2011/07/12/militarforschung-an-der-uni>). An einigen Universitäten ist es gelungen, die Zivilklausel einzuführen, d.h., dass Forschung nur friedlichen Zwecken dienen soll (vgl.: Andreas Seifert, Thema Zivilklausel, Hurra wir regieren ..., und: Wahlversprechen sind etwas für Leichtgläubige, in: Ausdruck, Ausgabe 5/Okt. 2011, hrsg. von IMI, S. 24). Vermutlich ist es nicht allzu schwierig, die Klausel auch über die ‚Dual-Use‘-Behauptung zu umgehen.

Näheres ist nachzulesen im Beitrag von Peer Heinelt in diesem Heft (S. 8f.).

Die britische Armee in NRW

In Münster ist u.a. das Panzerregiment Royal Dragon Guards stationiert, in Gütersloh das 1st Regiment Army Air Corps und ein Regiment Royal Artillery und in Herford die 1. Panzerdivision UK, ein britisches Fernmelderegiment und der britische Soldatensender BFBS.

Resümee

Rüstung tötet auch im Frieden! Die Behauptung, „si vis pacem, para bellum!“ (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!) ist in der Geschichte ausschließlich falsifiziert

worden! Je mehr Rüstung, desto weniger Ressourcen sind für alle sozialen und zivilen Zwecke verfügbar. Ganze Regionen können von Rüstung oder militärischen Einrichtungen abhängig werden. Die Demonstrationen gegen die Schließung von Standorten auch in NRW beweisen, wie BürgerInnen durch diese Abhängigkeit gegen ihre eigenen objektiven Interessen handeln (vgl. Dorothea Hahn, Goldküste des Krieges, in taz (sonntaz), 10./11.11.2011). Dabei liegen für zahlreiche Betriebe und militärische Einrichtungen Vorschläge zur Rüstungskonversion auf dem Tisch oder könnten erarbeitet werden. Die Militarisierung der Gesellschaft erzeugt eine Ideologie von der Notwendigkeit militärischer Rüstung und „humanitärer Operationen“. Im Zusammen’spiel‘ von ‚Militärisch-Industriellem Komplex‘ und dessen Lobby mit PolitikerInnen, Medien und anderen werden Bedrohungslügen, Festungsmentalitäten, militärische Lösungsstrategien für ungelöste soziale Konflikte im internationalen, aber auch nationalen Rahmen produziert. Die Schulen, fleißig besucht von entsprechenden ‚Experten‘, sowie die Hochschulen problematisieren Kriege und Kriegsforschung nicht, sondern wirken eher affirmativ (vgl. Wolfgang Dominik: <http://www.bo-alternativ.de/friedensplenum/2009/03/31/soziologie-des-krieges-2/>).

Helmut Gollwitzer, den ich mehrmals bei Vorträgen erleben durfte, hat immer gewarnt: Entweder schaffen wir die Rüstung ab oder die Rüstung schafft uns ab.

Wolfgang Dominik, Jg. 1944, Studium der ev. Theologie und Sozialwissenschaften, Geschichte, Psychologie. 35 Jahre lang Lehrer für o.g. Fächer, zuerst am Abendgymnasium Dortmund und dann am Ottilie-Schoenwald-Weiterbildungskolleg Bochum. 30 Jahre lang Lehrauftrag für Soziologie an der Uni Dortmund. Seit 1967 aktiv in der Friedensbewegung (DFG-VK), GEW, seit 1985 in der VVN-BdA. Beim Ostermarsch 1999 öffentlicher Austritt aus der SPD wegen Bruchs des GG und des Völkerrechts. Seit ca 3 Jahren Mitglied von Die Linke.

Anmerkung

Auf die schriftliche Anfrage von **AMOS** im Herbst 2010 an etliche einschlägige Ruhrgebietsinstitutionen nach militärtechnischen Aktivitäten (Rüstungsindustrie) hörten wir – wenn überhaupt – Antworten wie weiland der gerade in der Sumpfwiese gelandete hungrige Storch auf seine Frage, wo denn all die leckeren Breitmaul-Frösche zu finden seien. Bekanntlich antworteten die Frösche aus ihren Verstecken ringsum im Chor: „Döse Frösche göbt ös hör doch gornöcht.“ Nein, von irgendwelchen militärtechnischen Aktivitäten wusste niemand irgendetwas zu berichten, – auch wenn man wisse, dass manche technischen Produkte, die normalerweise für „friedliche Zwecke“ gebaut würden, auch zu „anderen Zwecken“ missbraucht werden könnten – und diese angebliche Ahnungslosigkeit formulierte man „wie aus der Pistole geschossen“. Aber das Rhein-Ruhr-Gebiet ist alles andere als friedlich. Die Beiträge zum Schwerpunkt in diesem Heft belegen das. (cdal)

Ute Mark

Das Simulationsspiel PO&LIS – ein „Renner“ der Militärpropaganda

Die Instrumente der Bundeswehr, in der deutschen Bevölkerung größere Akzeptanz zu gewinnen, sind vielfältig und nicht neu. In Zeiten, in denen der Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan als das bezeichnet werden darf, was er ist, nämlich Krieg, und in denen Kooperationsverträge der Schulministerien mit den jeweiligen Wehrbereichskommandos in mehreren Bundesländern friedens- und sicherheitspolitische Unterrichts- und Erziehungsziele bereitwillig in die Hände dieses „außerschulischen Kooperationspartners“ legen, ist es umso notwendiger, diese Anstrengungen an der „Heimatfront“ genauer zu inspizieren.

Eines dieser Instrumente ist das Spiel PO&LIS, das Erwachsenen-, Schüler- oder AZUBI-Gruppen durchführen können. Interessant sind dabei allein schon die Bedingungen des äußeren Arrangements: Das Planspiel findet in der Regel keinesfalls in der gewohnten Umgebung statt, sondern über mehrere Tage an auswärtigen Seminarorten – am preisgünstigsten: die Unterkünfte der Bundeswehr selbst! Damit wird dem Spiel ein Erlebnis- und Eventcharakter verliehen, der die Teilnehmenden aus der Regelmäßigkeit des Alltags heraushebelt und schon die ersten Punkte auf das Sympathiekonto für Veranstalter fließen lässt. Spielleiter ist immer ein Jugendoffizier.

Werbung für Wehrdienst oder Aushängeschild?¹

Jugendoffiziere als psychologisch getestete wie geschulte Hochschulabsolventen (mit Ausbildungsmodul in den USA) grenzen sich vehement vom schnöden Geschäft der Wehrdienstberater ab, die geringer qualifizierten Jugendlichen eine Perspektive jenseits von Hartz IV verkaufen sollen oder karrierebewussten Abiturienten eine Offizierslaufbahn mit Studium in der transformierten „Armee im Einsatz“ als glänzende Zukunftsperspektive. Vielmehr treten sie als „kompetente Experten“ für sicherheitspolitische Fragen auf und verbergen den Stiefel, mit dem das militärische Denken das Einfallstor ins Bildungswesen bereits weit aufgestoßen hat, hinter rhetorischem Geschick, Dialogbereitschaft und Scheinpluralität. Allemaal geht es jedoch um Werbung.

Interne und externe Krisen – spielerische Konfliktlösungen?

Wie bei jedem interaktiven Simulationsspiel werden die Teilnehmer in Gruppen aufgeteilt, die jeweils eine von 13 Weltregionen repräsentieren und quasi wie ein reduzierter Staat agieren. Der Regierungschef ist gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee; wie praktisch, dass er unabhängig von einer Volksvertretung agieren kann. „Um einen Streik zu verhindern, kann der Regierungschef den Ausnahmezustand verhängen. Gilt der Ausnahmezustand länger als ein PO&LIS-Jahr, entsteht eine Guerillaarmee.“² Der Staatsminister, zugleich Außenminister, muss den Anweisungen des Regierungschefs folgen, hat aber auch die Möglichkeit, ihn durch einen gewaltsamen Sturz auszuschalten.

Als nicht-staatliche Akteure sind UNO, Weltbank, NGOs,

Entwicklungshelfer und Weltpresse einbezogen, ebenso EU und NATO, da das Spiel durch die Jugendoffiziere ständig an „die tatsächlichen politischen Gegebenheiten der Welt“³ angepasst wird. Realitätsnah sind auch die Ausgangsbedingungen für die Regionen vorgegeben: GUS – reich an noch nicht erschlossenen Rohstoffvorkommen; Westeuropa dagegen – keine ...

Tolle Möglichkeit für Jugendliche: einmal Minister sein!

Und nun geht es an die Spielzüge, von denen jeder einem Wirtschaftsjahr entspricht. Mit dem Ausgangsbestand von Energie, Rohstoffen; Industrie- und Agrarproduktion muss nun gewirtschaftet (Vorgabe: Mindestlebensstandard!) und geplant werden. Mittel für öffentliche Ausgaben? Neben Umwelt- und Kreditausgaben muss natürlich hier der Militärhaushalt immer gedeckt sein! Jetzt kann international gehandelt und verhandelt werden, Verträge werden geschlossen ... Am Ende jedes „Spieljahres“ gibt die Weltbank Auskunft über Erfolge der Regionen.



Foto: W. Dominik

Bedrohungen der internationalen Sicherheit? Komplex, komplex!

In der Simulation sind nun je nach Akzentsetzung des Spielleiters durch Gewichtung der Module verschiedene Konflikte zu bewältigen: Terrorismus, Migration, Piraterie, ökologische Probleme, Dürreperioden, Ausfall von Produktionsanlagen, Streiks ... Aber vor allem hängt alles von der globalen Wirtschaftspolitik ab und als Ziel soll eine „gerechte Verteilungspolitik“ angestrebt werden. Denn die Güter sind nun mal global so ungleich verteilt. (O-Ton eines Jugendoffiziers: „Es gibt viele Länder, die auf Rohstoffen sitzen und gar nichts damit anzufangen wissen.“). Da entsteht natürlich Handlungsbedarf von Seiten der nicht so begünstigten Länder. „Den Teilnehmern wird deutlich, warum Ressourcenknappheit einen Staat ruinieren kann.“⁴

Wir lernen: Politiker haben es schwer

Vehement wird von den durchführenden Jugendoffizieren bestritten, dass dieses Spiel die Entscheidung für militärische Einsätze als Konfliktlösungen nahelegt oder anstrebt,

jedoch sollen die Einblicke in die vielschichtigen „weltpolitischen Interdependenzen“ unvermeidlich deutlich machen, dass die „Möglichkeiten von Politikern begrenzt sind.“ (O-Ton Jugendoffizier). Das lässt fürchten, dass das als Lernziel ausgewiesene Verständnis der „Notwendigkeit für kooperative Konfliktlösungen“⁵ letztendlich doch die Akzeptanz für Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen internationaler „Missionen“ mit fragwürdigen Zielen und Rechtsgrundlagen fördert. Wenn von einer „multidimensional dynamisch vernetzten Bedrohung, die in ihrer Komplexität ständig zunimmt“ ausgegangen wird, die „eines neuen Mixes von robusten Fähigkeiten bedarf“⁶, muss befürchtet werden, dass dieses Spiel den Horizont der Teilnehmenden erweitert, und zwar in Bezug auf militärische Optionen. Folgerichtig ist in den aktualisierten Versionen auch die ISAF vertreten.

„Create your own world“ à la Bundeswehr

Schließlich ist die Eskalation von Konflikten bis zu Kriegen Bestandteil der Spielkonzeption.

„Schließt dies auch den Einsatz von Atomwaffen ein?“ „Aber selbstverständlich ... Sonst wäre es ja nicht realistisch!“

¹ Minister de Maizièrre am 15.11.2011 in einer Rede vor Jugendoffizieren der Bundeswehr (www.bmvg.de)

² aus dem Regelheft für das Spiel PO&LIS

³ Werbebroschüre des BMVG: PO&LIS. Eine Simulation zu Politik und internationaler Sicherheit

⁴ ebd.

⁵ ebd.

⁶ www.polis.jugendoffizier.eu

Die Informationen über das Spiel PO&LIS sind allgemein zugänglichen Quellen (Internet, Bundeswehrwerbung) entnommen. Genaue Spielanleitungen (die offensichtlich ständigen Veränderungen unterworfen sind) sind nicht allgemein zugänglich. Weitere Informationen basieren auf einer Fortbildungsveranstaltung mit einem Jugendoffizier.

Ute Mark lebt in Herne und arbeitet in Bochum als Lehrerin für Deutsch und Politik/Sozialwissenschaften.

Peer Heinelt

Kriegsforschung in Nordrhein-Westfalen

Bei der Remilitarisierung des deutschen Wissenschaftsbetriebs nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs spielte die RWTH Aachen laut Rainer Rilling eine „besondere Rolle“. In seiner 1970 erschienen Arbeit „Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD“ verweist Rilling insbesondere auf Friedrich Heinrich Seewald, der in den 1950er Jahren das Aerodynamische Institut der Hochschule leitete. Seewald, ab 1938 Mitglied der NSDAP, war 1936 vom Reichsluftfahrtministerium unter Hermann Göring zum Chef der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt (DVL) ernannt worden und hatte damit einer Einrichtung vorgestanden, die, so Rilling, für die deutsche Militärforschung „von hervorragender Bedeutung“ war. Wie der Autor weiter ausführt, bestand Seewalds vornehmste Aufgabe an der RWTH nun darin, seine ehemaligen Kameraden aus der DVL erneut um sich zu scharen; sein Kollege Schenck, vor 1945 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Kruppschen Rüstungsproduktion, hatte bereits 1952 gefordert, „unbedingt die reichen Fabrikationserfahrungen des Krieges wieder zu sammeln“. Dem mochte Seewald offenbar nicht nachstehen: 1956 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der „Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik“, die 1967 in „Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik“ umbenannt wurde und seither zu den wichtigsten Lobbyorganisationen der deutschen Rüstungsindustrie zählt. Zweck des gemeinnützigen Vereins war es laut Satzung von 1957, „bei der Jugend, besonders der akademischen, das Interesse für wehrtechnische Aufgaben (zu) beleben und ihre Ausbildungsmöglichkeiten hierfür (zu) fördern“.

Heute sind Kooperationen mit Militär und Rüstungsindustrie an der RWTH Aachen längst Common Sense: Im „Fachausschuss Antennen“ der Informationstechnischen Gesellschaft (ITG) etwa, wo man sich mit der Entwicklung von Überwachungs- und Ortungstechnik befasst, finden sich neben einem Vertreter der Aachener Hochschule Repräsentanten führender deutscher Waffenschmieden (EADS/Cassidian, Rhode & Schwarz), der Fraunhofer-Gesellschaft und der Bundeswehr-Universität München. Der heutige Inhaber des Lehrstuhls für Flughafenwesen und Luftverkehr an der RWTH und damit einer der Nachfolger des erwähnten Friedrich Heinrich Seewald leitet in Personalunion ein Institut des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) in Köln-Porz. Das DLR wiederum hat laut nordrhein-westfälischer Landesregierung in den letzten Jahren öffentliche Fördermittel in Millionenhöhe für die hier betriebene „wehrtechnische Forschung“ erhalten. Die Einrichtung ist Teil des wissenschaftlichen „Exzellenzclusters“ CoTeSys („Cognition for Technical Systems“), dessen Angehörige mit Hochdruck an der Entwicklung sogenannter unbemannter Systeme wie Drohnen und Kampfroboter arbeiten.

Drohnen – Spitzentechnologie aus NRW

Überhaupt steht die Entwicklung von Drohnen in Nordrhein-Westfalen anscheinend hoch im Kurs. Wie Christian

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- ☐ Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
☐ Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Wietfeld, Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikationsnetze der Technischen Universität Dortmund, mitteilt, wurde er vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit der Koordination des Verbundprojekts „AirShield“ beauftragt. „AirShield“ („Airborne Remote Sensing for Hazard Inspection by Network-Enabled Lightweight Drones“) ist Teil des vom BMBF aufgelegten Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ und fällt in den Bereich „Integrierte Schutzsysteme für Rettungs- und Sicherheitskräfte“. Das Ziel besteht eigenen Angaben zufolge darin, „autonom“ agierende „Flugroboter“ sowohl zur Erkundung von „Schadenslagen“ als auch zur „Gefahrenprognose und -abwehr“ einzusetzen. Beteiligt an „AirShield“ sind neben der Dortmunder Hochschule auch die nordrhein-westfälischen Universitäten in Paderborn und Siegen sowie die TU Berlin. Hinzu kommen mehrere mittelständische Unternehmen – so die Siegener Firma Microdrones, die nach eigenen Angaben allein in den Jahren 2006 und 2007 mehr als 250 sogenannte Mini-Drohnen verkauft hat. Diese seien hervorragend für „Überwachungs- und Inspektionsaufgaben“ aller Art geeignet und damit nicht nur interessant für Feuerwehren und Rettungsdienste, sondern ebenso für „Grenzschutz, Polizei, Sondereinheiten, Armee“, erklärt Microdrones.

Eng mit „AirShield“ verknüpft ist das Projekt „Avigle“ („Avionic Digital Service Platform“). Auch hier liegt die Koordination beim Lehrstuhl für Kommunikationsnetze der TU Dortmund (Christian Wietfeld); wie im Falle von „AirShield“ ist neben anderen mittelständischen Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen die Firma Microdrones maßgeblich beteiligt. Nach Angaben der Projektverantwortlichen dient „Avigle“ der Entwicklung eines Aufklärungssystems, bei dem „ein mit 3D-Kameras ausgestatteter Schwarm von Flugrobotern hochpräzise Bilder einer großflächigen Region erfasst und über ein Hochleistungsfunknetz an ein System überträgt, welches eine virtuelle Welt in Quasi-Echtzeit erstellt“. Eingesetzt werden soll „Avigle“ demzufolge überall dort, wo „große Menschenmengen“ zusammenkommen oder „Großschadenslagen“ auftreten. Wie Microdrones mitteilt, subventioniert das Düsseldorf-Wissenschaftsministerium „Avigle“ im Rahmen des „Spitzentechnologiewettbewerbs Hightech.NRW“ mit zehn Millionen Euro.

„Revolution in Military Affairs“

Drohnen sind klassische ‚Dual-Use‘-Produkte; ob sie im In- oder im Ausland eingesetzt werden, und ob dies durch Militärs oder durch Polizeikräfte geschieht, ist für die wissenschaftliche Forschung unerheblich. Gleichzeitig ist die Entwicklung von unbemannten Flugsystemen integraler Bestandteil der viel beschworenen „Revolution in Military Affairs“. Diese sieht vor, einen sogenannten asymmetrisch kämpfenden Feind – etwa eine aufständische Guerilla wie in Afghanistan – auf der Basis überlegender Informationstechnik mit modernsten vernetzten Waffensystemen zu bekämpfen. Den Hintergrund bildet dabei die Vorstellung, dass aktuelle und künftige Kriege vermehrt in den „gescheiterten Staaten“ („Failed States“) der sogenannten Dritten Welt stattfinden und das Ziel haben, die dortigen Gesellschaften gemäß westlichen Interessen zu modellieren. Dieser Vorstellung entspricht nicht zuletzt die seit einigen Jahren massiv vorangetriebene Transformation der Bundeswehr in eine global agierende interven-

tions- und Besatzungsarmee. Einer solchen bieten Drohnen den unschätzbaren Vorteil, jederzeit an nahezu jedem Ort der Welt zuschlagen zu können, ohne dabei die eigenen Soldaten dem Risiko aussetzen zu müssen, getötet oder verwundet zu werden. Die Minimierung der eigenen Verluste wiederum gilt westlichen Militärstrategen als ‚conditio sine qua non‘ für die Akzeptanz von Kriegsoperationen bei der eigenen Bevölkerung.

Die Generierung von Akzeptanz für militärische Gewaltaktionen ist auch Aufgabe der für die politische Propaganda gegenüber Schülern und Studierenden zuständigen Jugendoffiziere der Bundeswehr – womit wir wieder bei der RWTH Aachen wären. Wie das dortige Institut für Politische Wissenschaft mitteilt, „besteht eine Kooperation mit der Bundeswehr im Rahmen der POL&IS-Simulationen, welche in Zusammenarbeit mit betreuenden Jugendoffizieren ... erfolgen“. Das Simulationsspiel POL&IS (Politik & Internationale Sicherheit) wird in der Regel mehrere Tage lang meist in Kasernen gespielt; die Teilnehmer übernehmen die Rollen von Staatschefs einer in elf „Regionen“ unterteilten Welt (West- und Osteuropa, Nord- und Südamerika, Ozeanien, Asien, Japan, China, Afrika, Arabien und Russland). Szenarien wie das folgende sind keine Seltenheit: „Westeuropa und Japan stehen kurz vor dem Exodus“ – aus Mangel an Rohstoffen und Energie. Erklärtes Ziel ist es, den Spielern zu vermitteln, „warum Staaten Konflikte austragen“ und „warum Ressourcenknappheit einen Staat ruinieren kann“. Ein 17-jähriger Schüler aus Hamburg, der im Februar 2008 in der Bremer Scharnhorst-Kaserne unter Anleitung von Jugendoffizieren POL&IS spielte, beschrieb seine Rolle wie folgt: „Ich bin Regierungschef von Asien. Asien hat eine sehr große Bevölkerung. Wir haben zur Zeit Guerilla im Land und probieren, sie zu bekämpfen.“

Peer Heinelt ist Politologe und Redakteur des Online-Nachrichtenportals german-foreign-policy.com. Er arbeitet als freier Autor und lebt in Frankfurt am Main.

Impressum

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671, Fax: 501673
E-Mail: huettmann.mar1@t-online.de

Redaktion:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.mar1@freenet.de

E-Mail:

redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

Titelbild:

Manfred Walz

Schlussredaktion:

Axel Lippek

Realisation:

Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl

Papier:

chlorfrei gebleichtes Papier

Herausgabe + Redaktion:

Wolfgang Belitz, Unna
Hartmut Dreier, Marl
Rolf Euler, Recklinghausen
Friedrich Grotjahn, Bochum
Rolf Heinrich, Gelsenkirchen
Ute Hüttmann, Marl
Wolf-Dieter Just, Duisburg
Jürgen Klute, Wanne-Eickel
Carl-D.A. Lewerenz, Herne
Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.)
Heinz Listemann, Dortmund
Anna Musinszki, Dortmund
Hermann Schulz, Wuppertal
Renate Wangelin, Bochum

Konto:

AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Einzelpreis:

4,50 €
Abo-Preis: 18,- € jährlich
inkl. Versandkosten

Erscheinungsweise:

1 x vierteljährlich
ISSN 1615 - 3278

Rolf Euler

Militärforschung unter Tarnflagge

Im Sommer 2005 gab es eine spektakuläre Auto-Rallye in der Mojave-Wüste in den USA: Fahrerlose Fahrzeuge bewegten sich auf Sand- und Geröllpisten, ein VW-Touareg-Geländewagen gewann. Entwicklerteams von Universitäten aus den USA, aber auch aus Deutschland, bildeten die Mannschaften, deren Computerprogramme und Robotertechnik die Autos steuerten.

Das Entscheidende dabei: Die amerikanische Militärtechnologieagentur DARPA veranstaltete die Rallye und stellte das Preisgeld von mehreren Millionen Dollar zur Verfügung.

In den folgenden Jahren wurden die Autos immer „besser“, ab 2007 wurde die Rallye als „Urban Challenge“ in einer nachgebauten Stadt auf einem Luftwaffenstützpunkt der US-Airforce durchgeführt. Es nahmen auch Autos aus Deutschland teil: „AnnieWay“ von der Uni Karlsruhe und „Caroline“ von der TU Braunschweig.

Das Siegerteam 2005 wurde geleitet von dem deutschen Stanford-Professor Sebastian Thrun, der mit seinem Team an mehreren dieser militärischen Forschungs-„Wettfahrten“ teilnahm. Später ging Thrun zur Firma Google und war dort beteiligt an der Entwicklung von „Google Street View“.

Und seit einiger Zeit entwickelt das Team auch Fahrzeuge im Auftrag von Google, die sich autonom im Straßenverkehr bewegen können.

Diese Fahrzeuge greifen nicht nur auf Radar, Infrarot, Laser oder Schall-Sensoren an Bord zurück, um die Umgebung abzutasten, sondern auch auf das Satelliten-Navigationssystem GPS, abgespeicherte Stadtpläne und auf Googles Straßenansichten Streetview – keine unerwartete Funktion dieser Stadtansichten im Internet.

Wenn nun weisgemacht werden sollte, Streetview sei fürs Privatpublikum, um sich im Ferienort oder am neuen Wohnort umzusehen, um schon mal die nächste Kneipe oder das Geschäftszentrum kennenzulernen, dann denke ich eher an die Geschäftsinteressen von Maklern und Finanzanlegern sowie an die militärische Planung.

„Autonome“ Fahrzeuge sind seit Jahren Forderung der Militärs für das „mannlose“ Schlachtfeld, wobei die Bestrebungen eben dahin gehen, diese Fahrzeuge nicht ferngesteuert durch Video und Funk zu lenken, sondern wirklich selbstständig sich bewegen zu lassen, ihre Programme müssen die Umgebung kennenlernen wie ein „Fahrschüler“, und dazu helfen vorher eingespeicherte Umgebungsdaten. Roboter-Soldaten sind längst keine Hollywood-Fantasie mehr, sondern in den Aufklärungs- und Kampfdrohnen oder -fahrzeugen Realität – erforscht und entwickelt auch mit „deutscher Ingenieurkunst“.

Womöglich ist das auch der Hintergrund, warum die deutschen Behörden gegen die Streetview-Aufnahmen nicht rechtlich einschritten, obwohl es darauf angekommen wäre, diese „Sondernutzung“ des öffentlichen Raumes erstmal rechtlich klären zu lassen, bevor die Aufnahmen gemacht wurden. Selbst als sich herausstellte, dass nicht nur Videoaufnahmen der Straßenansichten gespeichert, sondern auch die WLAN-Netze ausspioniert wurden, hat es bis auf schwachen Protest

der Datenschutzbeauftragten keine rechtlichen Schritte gegeben. Einem Unternehmen, das heimlich das Privatverhalten der Anwohner registriert, hätte sofort die weitere Tätigkeit verboten werden müssen.

Aber Geheimdienste und Militär greifen ebenfalls auf die erhobenen Daten zu und sammeln im Hintergrund fleißig mit.

Mit Roboterautos samt Streetview-Fähigkeiten wird der Häuserkampf der Zukunft vorbereitet – darauf weisen auch die Drohneneinsätze der stattfindenden Kriege hin.

Das GPS-System diene von vornherein militärischen Zwecken; es wird zwar seit vielen Jahren allen möglichen zivilen Nutzungen zur Verfügung gestellt, jedoch mit der Möglichkeit, es im Kriegsfall für Privatempfänger zu „verrauschen“ bzw. abzuschalten.

Aus Sorge um den Zugriff auf das US-Satellitensystem haben die europäischen, chinesischen und russischen Militärs die Forderung nach einem „eigenen“ Satelliten-Navigationssystem durchgesetzt. So befindet sich das europäische System „Galileo“ seit Jahren in der Entwicklung, wird immer teurer – für den Steuerzahler – und nimmt teil am ständigen Rüstungswettlauf.

Das sollte wohl jedem immer wieder bewusst sein: Das Internet ist eine militärische „Erfindung“, seine zivile Nutzung „Abfallprodukt“. Und bei den Informationstechnologien, der Roboterisierung und der Software-Entwicklung stehen immer die militärischen und geheimdienstlichen Zwecke weit oben an. Facebook und Google, Microsoft und Intel haben ihre Herkunft, ihren Aufstieg und die Serverfarmen in den USA. Ihre finanziellen Interessen dominieren den Internetmarkt. Ihre militärischen Verbindungen sind geheim, aber erwartbar.

Ein Teil der Intel-Prozessoren, die in den meisten PCs verbaut sind, wird in Israel entwickelt, auch hier die enge militärisch dominierte Zusammenarbeit zwischen USA und Israel mit einem zivilen Mantel versehen. Sie werden für Microsofts Windows-Software optimiert, dem weltweit durchgesetzten Betriebssystem. Aufkleber auf fast jedem neuen Laptop weisen darauf hin. Es werden ständig neue Lücken in den Betriebssystemen gefunden, durch die Schadsoftware auf Rechner geladen werden kann. Natürlich sind hier nicht nur die Geheimdienste der USA und Europas interessiert, sich Zugang zum Datenverkehr und den Daten der Menschen in anderen Ländern zu verschaffen. Industrie- und Datenspionage, Terrorbekämpfung und Kriegsvorbereitungen gehen Hand in Hand, auch chinesische oder russische Dienste arbeiten mit denselben Methoden.

Bekannt geworden ist der Angriff mit dem Computer-Programm „Stuxnet“ auf das Kernkraftwerk Busher in Iran, der zum teilweisen Ausfall der Systeme geführt haben soll. Dieser Fall hat gezeigt, dass es inzwischen den Geheimdiensten nicht nur gelingt, in Rechner einzudringen und Daten zu lesen oder zu manipulieren, sondern auch die Industriesteuerungen und damit die Produktion anzugreifen.

Von diesem Computerwurm gibt es inzwischen eine neue Variante, die die Steuerungssoftware einer Anlage aufspürt, ein Einfallstor für Schadprogramme auf dem befallenen

Rechner herstellt und sich nach 30 Tagen löscht. Der Verdacht, dass die militärischen Geheimdienste diese Viren und Würmer entwickeln, wurde indirekt bestätigt.

Die Absicht, nicht nur Computerprogramme im Kriegsfall lahmzulegen, sondern auch in die Maschinensteuerung einzugreifen, um Stellwerke, Flugplätze, chemische oder Kernkraftanlagen zu beeinflussen oder zu zerstören, wird offensichtlich.

Smarte Stromnetze, smarte Mobiltelefone – das klingt smart und nett. Dahinter droht eine militärische Verwendung, mindestens eine Überwachung von immer mehr Menschen. Techniker, Ingenieure, Software-Entwickler tragen oft unbewusst und unbekannt zum militärischen und geheimdienstlichen Unwesen bei. Der „Bundestrojaner“ lässt grüßen!

Dazu die Anmerkung eines unserer Altsprachler in der Redaktion: Der Begriff „Trojaner“ für ausspionierende Schadsoftware ist falsch – was natürlich an der Sache nichts ändert! Im „Trojanischen Pferd“ saßen Griechen, die sich nach Troja auf diese Weise einschleusen ließen – das Pferd war ein sogenanntes „Danaer“-Geschenk!

Rolf Euler, Mitgründer von AMOS, Bergmann auf der Zeche General Blumenthal in Recklinghausen, jetzt im Ruhestand mit Bedarf an kommunitären Zuständen

Lesetipps

Leo Kreutzer

Anders gelesen. Essays zur Literatur

Hannover, Wehrhan Verlag 2011, 158 S.

Kreutzer ist emeritierter Literaturwissenschaftler von der Universität Hannover. Er lebt in Köln. Er liest bewusst „anders“ – aufgrund von Interkulturalität, literarisch-geschichtlichen Querverbindungen und dank seines kritischen Zeitgeistes: in der derzeitigen Epoche des „eiskalten Krieges“. Er äußert sich in den Essays zu Thomas Morus, Heinrich Heine, Shashi Tharoor, Hubert Fichte, Hans Mayer, Martin Walser, Hermann Broch und warnt vor Hans Grimms „Volk ohne Raum“ – auch in seinen Fernwirkungen.

Sibylle Thelen

Die Armenierfrage in der Türkei

Berlin, Wagenbach 2010, 94 S.

Das Taschenbuch in der wichtigen neuen Reihe „Politik bei Wagenbach“ ist ein sog. „Muss“ für alle, die sich mit der Armenierfrage, eine der Schlüsseldebatten im Blick auf die Türkei, beschäftigen. Kompetent und sehr gut lesbar fasst Sibylle Thelen – Turkologin und Redakteurin bei der Stuttgarter Zeitung – den Stand der Forschungen über die Armenische Katastrophe, den Völkermord 1915 zusammen. Sie berichtet von Menschen, Initiativen und Ereignissen in der heutigen Türkei, gegen das lange offizielle Schweigen und staatliche Verdrehen. Das Buch macht Hoffnung auf eine pluralistischere und weniger nationalistische türkische Republik, erwachsend aus einer selbstbewussten Zivilgesellschaft mit ihrer kaum noch zu bremsenden Debattenkultur. Wichtig ist das Buch für uns hierzulande auch deswegen, weil sich am 24.4.2015 zum hundertsten Mal der Auftakt der Deportationen vom 24.4.1915 jährt. Leichen der armenischen Katastrophe lagen auch in Berlin, damals (am 17.12.1915) erklärte Kanzler von Bethmann Hollweg: „Unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges (d.h. 1. Weltkrieg, H.D.) an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zu Grunde gehen oder nicht“ (S.23 – Verweis auf Akte AA 1915-12-07-DE-001). Auch der schlimmste Verantwortliche für den Völkermord wusste Bescheid: aus den persönlichen Unterlagen des starken Manns im jungtürkischen Triumvirat Innenminister Talaat Pasa, die seine Witwe 1983 dem Publizisten Murat Bardakci anvertraute, geht hervor: 1917 lebten etwa 972 000 Armenier weniger als 1915; waren es 1915 noch 1.256.000, so 1917 nur noch 284.157 (S.68).

(Hartmut Dreier)

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Töten wird auf unterschiedliche Weise legitimiert.

Eine Möglichkeit ist es, das Gegenüber zu depotenzieren: Das ist kein Mensch.



2011 - 244 Seiten - € 29,90
ISBN: 978-3-89691-889-5

In der Vorgeschichte der NS-„Euthanasie“ findet sich – verknüpft mit der Legitimierung der Tötung von Kranken und Behinderten, die keinen Willen äußern – auch das Autonomieargument, das die Sterbehilfe-debatte unserer Tage dominiert. Gegen den Reduktionismus einer von bioethischen Positionen dominierten Debatte, die zwischen der dramatischen Suggestion des Einzelfalls und der abstrakten Phrase pendelt, rekonstruiert Christoph Schneider den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Realität und Euthanasiebefürwortung. Dabei liegt das Augenmerk sowohl auf der merkwürdigen Konstanz wie den historischen Zäsuren der Begründungsfiguren als auch auf der Performativität der Texte, die der Angst vor dem Verfall eine Richtung geben.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

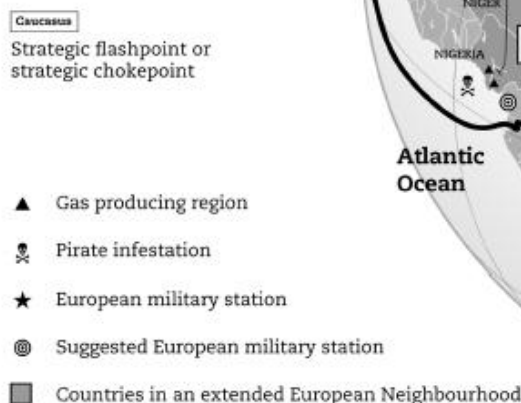
AMOS weist aktualisierend darauf hin, dass Deutschland bereits weiter östlich von der markierten Einflusszone Verträge schließt, man denke an die Reise von Kanzlerin Merkel im Okt. 2011 in die Mongolei und nach Vietnam und die von Außenminister Westerwelle nach Turkmenistan Mitte Nov. 2011: „Deutschland will dessen Erdgas“ (SZ 18.11.11) und die Neuausrichtung der USA als „pazifische Macht“. (siehe das „Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsforum APEC am 12./13.Nov. 2011, von dem übrigens erstmals EU-Vertreter ausgeschlossen waren.) **AMOS** dokumentiert zunächst wesentliche Zitate von Jürgen Wagners Analyse und folgt seinem Duktus:

Seit 1990er Jahre: „Besonders lautstark greift ... seit einiger Zeit die ‚Group on Grand Strategy‘ (GoGS) in diese Debatte ein.¹ Der GoGS-Beirat besteht aus Vertretern verschiedener einflussreicher EU-Denkfabriken, wobei im Folgenden in einem ersten Schritt zunächst vor allem die Publikationen der beiden Direktoren, James Rogers und Luis Simón, näher betrachtet werden, die aber stellvertretend für die Positionen der gesamten Gruppe gelten können.² Ihr Ziel ist es, eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik einzuleiten. Das Gerede von der ‚Zivilmacht Europa‘ sei Schnee von gestern. „diese alte Vision spricht die Herzen der

Maritime communication line with spur and port

Gas transmission pipeline with flow direction

Planned gas transmission pipeline with flow direction



ungen Europäer nicht mehr an.“ Aus diesem Grund sei es dringend erforderlich, diese „ideologische Leere“ aufzufüllen, indem das Zusammenspiel von Geografie und Macht in Form einer in sich kohärenten Geostrategie ins Zentrum gerückt wird.³ ... Aus einer Reihe von Befunden leitet die GoGS ein umfangreiches Anforderungsprofil für eine ‚Weltmacht Europa‘ ab. Die Kernforderungen bestehen in der umfangreichen Militarisierung der Europäischen Union, der Etablierung

eines imperialen Großraums sowie der Schaffung eines EU-Superstaats, die als Voraussetzungen für eine effiziente Geostrategie deklariert werden ...

Die GoGS bezeichnet – wohl zu Recht – als wichtigste ‚Schaltstellen‘: das Egmont Institute, den European Council on Foreign Relations, das Centre for European Reform, das European Union Institute for Security Studies und das Centre for European Policy Studies. Weiter werden die Bertelsmann Stiftung und die Stiftung Wissenschaft und Politik sowie das Institute for International Relations aufgeführt. Ein Blick auf den Beirat und die jeweiligen Publikationslisten genügt, um herauszufinden, dass die GoGS-Mitglieder in nahezu allen diesen Institutionen präsent und demzufolge bestens vernetzt sind

1. Eine Geostrategie gegen den Abstieg

Aus einer Reihe von Befunden postulieren Rogers und Simón die Notwendigkeit für eine ‚Weltmachtrolle Europas‘...

1.1 Bestandsaufnahme und Prognosen

a) Bedrohte westliche Vormacht

Rogers und Simón teilen wie viele andere die Auffassung, dass die jahrhundertelange Vorherrschaft des Westens heutzutage ernsthaft gefährdet sei: „Da mittlerweile neue Mächte aufsteigen, ist der amerikanische und europäische Einfluss bedroht.“⁴ Für sie handelt es sich hierbei um ein Phänomen von wahrhaft historischer Tragweite: „Die Abnahme der westlichen Macht in den letzten Jahren könnte nicht nur das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahrzehnts, sondern möglicherweise der letzten vier Jahrhunderte darstellen.“⁵

b) (Teil-)Rückzug der Vereinigten Staaten

Der Machtverlust der Vereinigten Staaten werde Europa in besonderer Weise betreffen, so ein weiterer Befund ...

c) Neue Großmachtkonflikte und Rückkehr der Machtpolitik

Seit einigen Jahren mehren sich die westlichen Stimmen, die einer neuen epochalen Konfrontation, einem Neuen Kalten Krieg zwischen ‚Demokratien‘ (USA und EU) und ‚Autokratien‘ (China und Russland) das Wort reden.⁶ Auch die GoGS stimmt in diesen Chor mit ein, wenn sie vor „potenziell räuberischen Autokratien“⁷ und einem China warnt, „das künftig aggressiver werden wird.“⁸ ...

1.2 Anforderungsprofil an eine ‚Weltmacht Europa‘

a) Abstieg vermeiden – Weltmacht werden – Pazifismus überwinden

Ungeachtet der zuvor beschriebenen eher pessimistischen Aussichten für die Europäische Union ist aus Sicht der GoGS noch nicht alles verloren: „Wir sind sicher, dass der europäische Niedergang nicht unausweichlich ist.“⁹ Hierfür müsse die Europäische Union jedoch „zu einer globalen Macht werden, ausgestattet mit einer einheitlichen Globalstrategie und einem weiten Arsenal militärischer und ziviler Mittel.“¹⁰ Die wesentlichen Stolpersteine auf dem Weg dahin sind schnell ausgemacht: Es gelte die „europäische Risikoscheuheit“ ebenso zu überwinden wie den „wachsenden europäischen Widerstand gegenüber dem Einsatz militärischer Macht.“¹¹ Der Europäischen Union wird – fälschlicherweise – vorgeworfen, sie verfolge eine „Reinform des ungezügelter Pazifismus.“

b) Militarisierung der Europäischen Union

„Die Europäische Union hat die Interessen und Ambitionen einer globalen Macht, aber die Kapazitäten und die Ein-

stellung einer Mittelmacht.“¹² Ohne militärische Schlagkraft ist die Umsetzung einer auf Machtmaximierung abzielenden Geostrategie also unmöglich.¹³ Aus diesem Grund beschäftigen sich Mitglieder der GoGS nicht allein mit dem Entwurf einer Geostrategie, sondern auch mit konkreten Vorschlägen zum Ausbau der EU-Militärkapazitäten. So wird etwa ein EU-Rüstungshaushalt, ein EU-Hauptquartier und ein einheitlicher EU-Rüstungsmarkt (der wiederum die Herausbildung eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes befördern soll) sowie ein einheitlicher Geheimdienst für das europäische In- wie Ausland gefordert.¹⁴ Auch der Soldatenpool für die EU-Eingreiftruppe soll von derzeit ca. 180.000 auf etwa 400.000 Soldaten aufgestockt werden.¹⁵ Um dies zu erreichen sei es erforderlich, „eine neue Ära der europäischen Integration auf Grundlage militärischer Zusammenarbeit einzuleiten.“¹⁶

c) Supermacht braucht Superstaat

Ohne den Transfer von nationalen Souveränitätsrechten im Bereich der Außen- und Militärpolitik auf die europäische Ebene werde jedoch die ‚Weltmacht Europa‘ ein Wunschtraum bleiben, so eine weitere Kernaussage ...

2. Imperiales Raumkonzept: ‚Grand Area‘

Die von James Rogers vorgelegte ‚Geostrategie europäischer Macht‘ ist in dieser Form bislang einzigartig und ermöglicht einen Einblick, wie sich die Definition von Interessen und wichtigen Regionen in ein imperiales Raumkonzept übersetzt.¹⁷

2.1 Die Kartografie des EU-Imperiums

Mit dem von James Rogers definierten europäischen Großraum, der ‚Grand Area‘, legt der Geostrategie nicht weniger als die Kartografie eines ‚Imperium Europa‘ vor. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölfreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die ‚Grand Area‘ integriert werden, die folgendes ‚Anforderungsprofil‘ erfüllen:

„Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Desintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“¹⁸

Imperium der Militärbasen ... Maritime Geostrategie: Die Europäische Union selbst verfügt gegenwärtig über keine offiziellen Militärbasen im Ausland – wohl aber einige ihrer Mitgliedsstaaten. Derzeit unterhält Frankreich Militärstütz-

punkte in 28 Ländern, Großbritannien in 29, Deutschland in 12, Italien in 5 und Spanien in 2 Staaten.¹⁹ Aus Sicht von James Rogers und Luis Simón tragen diese Basen derzeit jedoch (zu) wenig zur Verbesserung der EU-Fähigkeiten zur Machtprojektion bei. Extrem aufschlussreich ist diesbezüglich ihre Studie im Auftrag der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Generaldirektion E des Europäischen Rates, die anschließend auch vom Institute for Security Studies der EU in abgewandelter Form veröffentlicht wurde.²⁰ Die Ergebnisse und Politikvorschläge wurden anschließend sowohl dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments als auch der damaligen schwedischen Ratspräsidentschaft vorgestellt. Ausgangspunkt der Überlegungen ist erneut die Annahme, es werde künftig zu einer massiven Zunahme geopolitischer Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten kommen.

AMOS dokumentiert nun abschließend ein Zitat aus dem 2. Teil, in dem Jürgen Wagner diese EU-Entwürfe einem Realitäts-Check unterzieht, wobei er auf die zunehmenden Widersprüche innerhalb der EU, speziell um die Führungsrolle Deutschlands, abhebt („Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CDU-Bundestagsfraktion: „Jetzt wird in Europa Deutsch gesprochen“ – Parteitag der CDU Leipzig 13.–15. Nov. 2011):

Die Wirtschafts- und Währungsunion und die dazugehörigen Stabilitätskriterien wurden komplett nach deutschen Präferenzen modelliert, mit dem Resultat, dass nicht nur mittlere und kleinere Staaten wie Griechenland, sondern auch Frankreich und Großbritannien der deutschen Exportoffensive nichts entgegenzusetzen hatten und massiv an Boden verloren.²¹ Anstatt dieser Entwicklung entgegenzusteuern ..., versucht Deutschland sogar, die sich mit der Eurokrise bietende Gelegenheit zu nutzen, um seine wirtschaftliche Macht in politische Macht umzumünzen und recht unverblümt die Vormachtstellung in der Europäischen Union für sich zu beanspruchen.

Regelrechte Schockwellen hat in diesem Zusammenhang der Umgang mit den – nicht zuletzt aufgrund der deutschen Politik – in die Krise geratenen Euroländern ausgelöst.²² In vormals nicht gekannter Weise tritt dabei seit etwa Frühjahr 2010 ein deutscher Dominanzanspruch zu Tage: „Die Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die europäische Währungskrise, um die finanzpolitischen Weichen in der Eurozone in Richtung auf ein deutsches Europa umzustellen.“²³

¹ Die Gruppe hat sich erst im Sommer 2011 offiziell gegründet, ihr Publikationsorgan „European Geostrategy“ – EUGeo: <http://europeangeostrategy.ideasoneurope.eu/> – existiert aber bereits seit Längerem, die ersten Veröffentlichungen stammen dort aus dem August 2009)

² So stellt etwa das „Manifest“ – <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html> – der Gruppe, dem die einzelnen Beiratsmitglieder augenscheinlich zustimmen, eine Zusammenfassung der Positionen der beiden Protagonisten Rogers und Simón dar.

³ Rogers, James/Simón, Luis: The new ‘long telegram’: Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram No. 1/Sommer 2011, S. 4.

⁴ Rogers/Simón: The new ‘long telegram’, S. 3., vgl. bspw. auch Youngs, Richard: Europe’s challenge is to shake-off inertia before it becomes paralysis, in: Europe’s World (Spring 2011)

⁵ Rogers, James/Simón, Luis: The top ten geopolitical events of the last decade, EUGeo, 05.01.2011

⁶ Vgl. etwa Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009

⁷ Rogers/Simón: The new ‘long telegram’, S. 6.

⁸ Rogers, James/Simón, Luis: Forecasting the next decade, EUGeo, 06.01.2010

⁹ Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>

¹⁰ Group on Grand Strategy: <http://www.grandstrategy.eu/>; vgl. auch das Buch eines Mitglieds im GoGS-Beirat: Biscop, Sven: Europa: strategie voor een wereldmacht, Ghent 2010)

¹¹ Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>

¹² Toje, Asle: Europe Losing Ground, atlantic community.org, 22.09.2011

¹³ Rogers: A New Geography of European Power?, S. 12

¹⁴ Rogers/Simón: The new ‘long telegram’, S. 8f.

¹⁵ Biscop, Sven/Coelmont, Jo: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, Egmont Paper 49, Juni 2011, S. 26.

¹⁶ Rogers/Simón: The top ten geopolitical events of the last decade

¹⁷ vgl. zur Definition europäischer Interessen auch die beiden GoGS-Beiräte Biscop/Coelmont: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, S. 3.

¹⁸ Rogers: A New Geography of European Power?, S. 4

¹⁹ Deutscher Friedensrat: EU-Militärstützpunkte, o.J. http://www.deutscherfriedensrat.de/materialien_oo5.htm

²⁰ Rogers, James: From Suez to Shanghai: The European Union and Eurasian Maritime Security, EUISS Occasional Paper Nr. 77 3/2009

²¹ Schwarz, Peter: Der Krieg in Libyen und die Krise der Europäischen Union, World Socialist Web Site, 14.05.2011

²² Verantwortlich sind insbesondere auch die maßgeblich von Deutschland durchgedrückten Euro-Stabilitätskriterien: „Die europäische Gemeinschaftswährung nahm den Euro-Ländern, die dieser deutschen Exportoffensive ausgesetzt waren, die Möglichkeit, mittels einer Währungsabwertung die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft wiederherzustellen. Das daraus erwachsene enorme ökonomische Ungleichgewicht zeigt sich drastisch an dem Pleitekandidat Griechenland, der in 2008 deutsche Waren im Wert von 8,3 Milliarden Euro einfuhrte, während die Exporte sich lediglich auf 1,9 Milliarden Euro summierten.“ Konicz, Tomasz: Pleite made in BRD, junge Welt, 09.02.2009

²³ Beck, Ulrich: Deutscher Euro-Nationalismus, Berliner Zeitung, 03.10.2010

AMOS hat den Text mit Genehmigung des Autors stark gekürzt. Der ungekürzte Text von Jürgen Wagner: http://www.imi-online.de/download/JW-Gran_Europe_AusdruckOkt11

Lesetipp

Klaus Engel/Jürgen Großmann/Bodo Hombach (Hg.)
PHÖNIX FLIEG! Das Ruhrgebiet entdeckt sich neu
Klartext Verlag, Essen 2011

„Who is who“ im Ruhrgebiet – oder: 100 Autoren verramschen die Kulturhauptstadt 2010 – ein Verriss:

Unter dem verheißungsvollen Logo „PHÖNIX FLIEG!“ versprechen sie: „Das Ruhrgebiet entdeckt sich neu.“ Eigentlich aber wollen die 100 Macher (darunter nur eine Handvoll Macherinnen) auf 660 Seiten sagen, dass sie es waren, die das Ruhrgebiet neu entdeckt haben – es gemeinschaftlich leider haben zerstören müssen und es nun aber wieder zusammen aufgeräumt und eingerichtet haben. Sie schreiben auf, wie sehr sie sich bemüht haben in ihren Sesseln – oben in Verbänden und Unternehmen, Rathäusern und Kulturämtern, Kirchen, Hochschulen und Medien. Alle sehr selbstlos und selbst Phönix, der das Fliegen vorführt.

Sie sehen es als ihre politische Pflicht und ideologische Kür, den mehrfach ausgebeuteten und enteigneten Menschen im Revier ihre sich verändernde Lage vorzuführen, ihnen die Verluste gemindert und die Zugewinne verklärt auszumalen, ihnen die schönen Seiten des Wandels als das gemeinsame Ganze zu deuten und sie zu lehren, die Feste so zu feiern, wie sie ihnen organisiert werden. Von allein kämen sie nicht drauf. Es gilt, den Mittelschichten und denen darunter mitzuteilen, was in diesen Jahren mit ihnen gemacht wurde und noch gemacht werden wird. Als Form der Mitteilung ist die „große Erzählung“ sehr passend, zumal mit der positiven Botschaft: Die im Ruhrgebiet entdecken sich neu. Sie können es, sollen es aber auch bitteschön, schließlich werden sie es tun müssen.

Die im Ruhrgebiet werden das Buch nicht lesen. Man kann es nicht lesen. Was die Autoren geschrieben haben oder haben schreiben lassen, hatten sie schon oft gesagt. Es gibt nichts zu zitieren. Für Politik- und Kulturwissenschaft ist nichts drin. Für das Bücherregal ist der Rücken nicht attraktiv genug. Warum mag Klartext das Buch gemacht haben? War noch Kulturhauptstadtgeld da? Planten die hundert MacherInnen ihr Mitbringel für Konferenz- und Geschäftsreisen oder ihr Präsent für Weihnachtsfeiern, Jubilare und hohe Gäste? Davon wäre abzuratzen. Es heißt: Ausnahmen bestätigen die Regel – z.B. ist Jochen Malmsheimer (S. 639-648) unter die Autoren geraten.

Wolfgang Richter

Lesetipp

von Georg Leifels

Liao Yiwu

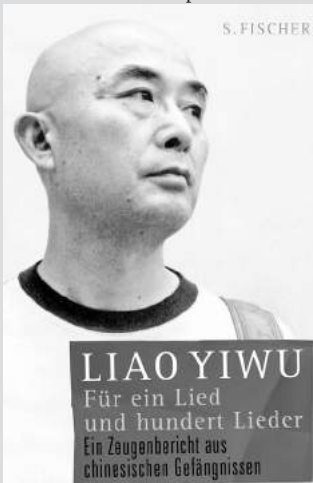
Für ein Lied und hundert Lieder

Ein Zeugenbericht aus chinesischen Gefängnissen

übertragen aus dem Chinesischen von Hans-Peter Hoffmann

S. Fischer, Frankfurt a.M., 592 S., geb. mit Schutzumschlag und Leseband, ISBN 978-3-10-044813-2

„Das nächste Massaker geschieht in der Zentrale der Utopie / der Präsident ist erkältet und das Volk hustet, der Ausnahmezustand wird verhängt ... Unruhestifter fallen zu Tausenden, keiner hat eine Waffe / Berufskiller schwimmen im Blut, mit Eisen behängt, sie legen Feuer unter verschlossenen Fenstern ...“ Das sind einige Zeilen aus dem Gedicht „Massaker“. Geschrieben von Liao Yiwu, unmittelbar nach dem Blutbad auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 in Peking. Wenige Worte, die sein Leben radikal verändern sollten. Über 20 Jahre vorher, während der sog. Kulturrevolution, wurde bereits seine Familie auseinandergerissen. In ihm reifte danach eine nahezu grenzenlose Unerschütterlichkeit. Mithilfe seiner präzisen protokollarischen Beobachtungsgabe und seiner beispiellosen Gedächtniskraft schlüpft er in der Zeit seiner Gefängnisodyssee in die Rolle des Generalzeugen vom chinesischen Gulag. Man muss von China nichts wissen oder gelesen haben, um Liao Yiwu



zu verstehen. Vielleicht liegt das Geheimnis der Stosskraft dieser Aufzeichnungen, die politisch und lyrisch zugleich sind, darin, dass die Machthaber ihm fortlaufend das Manuskript raubten. Doch Liao Yiwu, vom Typ des glücklichen Sisyphos, fing immer wieder von vorn an und benötigte 15 Jahre, um die Texte so wiederherzustellen, damit wir sie jetzt in diesem Buch lesen können. Noch 2009 wurde ihm die Einreise nach Deutschland verweigert, um China als Gastland auf der Frankfurter Buchmesse zu repräsentieren. Aber ein Jahr später kann er das Manuskript sicher ins Ausland bringen und nun lebt er seit 2011 in Berlin. In seiner Heimat ist kein Platz mehr für ihn. Im Reisegepäck hatte er diese Aufzeichnungen. Sie schenken uns eine für mich einzigartige Innensicht. Wir lernen sowohl den eigensinnigen Edelmut des Autors als auch die infernalischen Strukturen eines Knast- und Unterdrückungssystems kennen, das den Zorn und das Aufbegehren des Lesers weckt. Die Güte und Qualität dieses Zeugenberichts steht für mich in einer Reihe neben solchen Werken wie „Der SS Staat“ von Eugen Kogon und dem „Archipel Gulag“ von Alexander Solschenyzin. Vor diesem Hintergrund wird mir übel, wenn ich in diesen Tagen weltweit Politiker und Wirtschaftsleute erlebe, die nach dem monetären Rettungsschirm der Chinesen geifern. Liao Yiwu zeigt uns im Labyrinth der kolossalen Unterdrückung und Entwürdigung des Menschen den unscheinbaren Weg von erhabener Freiheit und Wahrhaftigkeit. Ein epochales Werk und ein ebensolches Tätigsein, das zu Recht in diesen Tagen in München mit dem Geschwister-Scholl-Preis ausgezeichnet wird. Übelster Knast und Umerziehung durch Arbeit konnten ihm nicht das Rückgrat brechen und schon gar nicht seinen ironisch-bissigen Humor rauben. Im Knast fragte er einmal den intellektuellen Wächter Cao, ob er den berühmtesten Satz von Jesus kenne. „Wenn dir jemand auf die linke Wange schlägt, dann halte ihm auch die rechte hin.“, antwortete Xiao Cao prompt, „Aber leider ist Gott kein Chinese.“

Georg Leifels, Jahrgang 1951, nach Studium von Kath. Theologie, Pädagogik, Wirtschaftswissenschaften und Sozialarbeit 1981 Mitbegründer des Rainer Padliger Verlages (mit Gefangenen aus dem Knast in Schwerte), seit 1980 im Buchvertrieb tätig, seit 1986 selbstständiger Verlagsvertreter in NRW für Verlage (u.a. Peter Hammer) – mit entsprechenden Einblicken in den sich verändernden Buchmarkt.



Wir sind Ihre Bank.

Als erste evangelische Kirchenbank und eine von wenigen Banken in Deutschland setzt die **Bank für Kirche und Diakonie – KD-BANK** einen Nachhaltigkeitsfilter für ihre eigenen Wertpapiieranlagen ein. Alle Kunden, die Spar- oder Termineinlagen bei uns unterhalten, profitieren automatisch vom Nachhaltigkeitsfilter der Bank. Sie können sich sicher sein, dass auch die Kundengelder, die nicht als Kredite an Kirche und Diakonie herausgelegt werden, bestmöglich unter der Berücksichtigung nachhaltiger Kriterien angelegt werden. Außerdem beraten wir Sie gern bei Ihrer Auswahl nachhaltiger Aktien und festverzinslicher Wertpapiere.

Nähere Informationen: www.KD-BANK.de/Nachhaltigkeitsfilter

Bank für Kirche und Diakonie eG – KD-BANK
www.KD-BANK.de • Fon 0231-58444-0 • Info@KD-BANK.de



Marianne Bosshard

Vom Schnee ins Blut.

Der Weg des Franz Stangl nach Treblinka

In diesem Sommer kamen wir auf unserer Fahrradtour im Osten Polens auch nach Treblinka. Das ist ein ganz normales Dorf mit einem ganz gewöhnlichen Ortsschild. Aber etwa 7 km entfernt davon befindet sich die Gedenkstätte, die 1964 errichtet wurde. Das Vernichtungslager, in dem vom Frühjahr 1942 bis zum Herbst 1943 eine Million Juden in einer wahnsinnig gut und schnell funktionierenden Tötungsmaschine ermordet wurden, war im Herbst 1943 von den Nazis selbst dem Boden gleichgemacht worden.

Franz Stangl war vom Sommer 1942 bis zur Zerstörung des Lagers der Kommandant. Der aus einem kleinen Ort in Österreich stammende Kriminalpolizist, Jahrgang 1908, wurde 1970 in Düsseldorf wegen Beihilfe zum Mord an 900.000 Juden zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Er starb 1971, kurz nach seinem letzten Gespräch mit der Journalistin Gitta Sereny, an Herzversagen. Frau Sereny hatte 70 Stunden lang mit ihm gesprochen. Wie ist dieser ordentliche, intelligente, von Frau und Kindern geliebte Mann in diese schreckliche Maschinerie hineingeraten? Was hat ihn bewegt, diesen grauenhaften Weg zu gehen? Hätte er sich anders entscheiden können? Ich möchte zeigen, wie raffiniert und gemein seine Ängste und Schwächen genutzt wurden und wie er selbst lernte, Skrupel oder gar Schuld nicht mehr zu empfinden.

Armes Kind

Sein Lebensdrama begann in der frühen Kindheit zwischen einer attraktiven Mutter und einem alten Vater. Der war Dragoner gewesen und behandelte seine Familie, als befände man sich auf dem Kasernenhof. Folgende Erinnerung halte ich für eine Schlüsselszene: Der Vierjährige war in neuen Hausschuhen durch hohen Schnee gelaufen, um auf eine wunderbare Kutsche vor dem Haus zu klettern. Der Vater „erwischte“ ihn und verprügelte ihn in der Küche so heftig, dass ihm eine frische Wunde an der Hand aufplatzte. Die Mutter schrie, weil die ganze Küche voller Blut war! Als der Junge 8 Jahre alt war, starb der Vater an Unterernährung: „Er sah aus wie ein Skelett.“ Die Mutter heiratete erneut. Gegen den Stiefvater setzte Franz mit Hilfe von Mutter und Schuldirektor durch, dass er die Schule bis 15 besuchen durfte, um dann eine Ausbildung in einer Weberei zu machen. Er wurde der jüngste Webermeister. Freunde hatte er nicht, aber er spielte Zither im Zitherverein und gab Unterricht. Weinend sagt er, das sei seine glücklichste Zeit gewesen. Aber er wollte weiterkommen. Als er eine sehr schwere Prüfung zur Ausbildung bei der Polizei bestanden hatte und bei der Weberei kündigte, sagte sein Chef: „Warum sind Sie nicht zu mir gekommen? Ich hatte vor, Sie nach Wien auf die Schule zu schicken.“ Wieder weint er bei dieser Erinnerung.

Gewissenhafter Polizist

Die Ausbildung bei der Polizei sei sehr hart gewesen. Die Ausbilder waren Sadisten. Aber er wurde ein tüchtiger Polizist, bereit, in den sehr unruhigen Zeiten (1934) auch Son-

deraufgaben zu übernehmen. Er bekam sogar eine Medaille, als er ein Waffenversteck der Nazis im Wald aufspürte, und wurde zur Kripo befördert. Auch hier erhielt er eine intensive Ausbildung: „21 Lehrer für 19 Rekruten. Aber dies war der erste Schritt in die Katastrophe.“ Doch die Medaille brannte dann, als die Nazis nach Österreich kamen, wie Gift. Hinzu kam ein Disziplinarverfahren, weil er einen Wilderer aufgebracht hatte, der sich als hoher Parteifunktionär entpuppte. Er hatte furchtbare Angst, von den Nazis als illoyal angesehen und wie andere erschossen oder gedemütigt zu werden. So war es mit Leuten, die er kannte, geschehen. Er tat alles, um nachträglich in eine Liste „illegaler Nazis“ eingeschrieben zu werden. Inzwischen hatte er geheiratet, und nichts war ihm wichtiger, als mit seiner Frau zusammen zu sein und von Politik nichts zu hören. Immer wieder gab es nun Entscheidungssituationen, die er so erlebte, als ginge es für ihn um Leben oder Tod: So legte der Gauleiter ihm nach der ‚Kristallnacht‘ dringend nahe, eindeutiger bei der Sache zu sein. Er wurde nach Böhmen geschickt, um festzustellen, wie viele Juden dort lebten und was sie besaßen. Sie sollten emigrieren, so wurde der Auftrag begründet. Dieser Auftrag beunruhigte ihn nicht weiter. Aber sein neuer Vorgesetzter im Gestapo-Hauptquartier in Linz beunruhigte ihn zutiefst. Er hasste diesen Deutschen vom ersten Moment an und wehrte sich erfolgreich gegen eine ungerechte Degradierung. Es kam zu hasserfüllten Auseinandersetzungen. Dieser Chef blieb über die nächsten Jahre eine Schreckensfigur, mit der ihm immer gedroht werden konnte. Noch 30 Jahre später schildert er die Angst, die er vor diesem Mann hatte, und schreibt ihm für den weiteren Verlauf seines Weges eine Schlüsselrolle zu. Dann forderte man ihn auf, aus der Kirche auszutreten. Er wollte nicht, denn seine Frau war eine gläubige Katholikin. Aber er unterschrieb die Austrittserklärung trotzdem, weil er davon überzeugt war, auf einer Liste von Beamten zu stehen, die erschossen werden sollten. Die Deutschen verbreiteten in seiner Dienststelle eine schreckliche Atmosphäre und gingen sadistisch und respektlos mit den österreichischen Kollegen um. „Ich hasse sie für das, in was sie mich reingezogen haben. Ich hätte mich 1938 umbringen sollen. Damals hat es für mich begonnen.“

Entsetztes Erkennen

Als Stangl im November 1940 zur „Gemeinnützigen Stiftung für Anstaltspflege“ versetzt werden sollte, wurde er in Berlin von einem sehr freundlichen und verständnisvollen Kriminalrat instruiert: Man würde ihm als Polizeiverwalter eines Spezialinstituts eine sehr schwierige Aufgabe anvertrauen, hieß es. Russen und Amerikaner hätten längst ein Gesetz zur Regelung des „Gnadentodes“ für geistig Behinderte. Man würde die Menschen sehr genau untersuchen. Ärzte und Krankenschwestern würden beteiligt. Er hätte mit den eigentlichen Aktionen nichts zu tun. Stangl war entsetzt und fühlte sich dieser Aufgabe nicht gewachsen: Aber als man das alte Disziplinarverfahren und den gehassten Chef seiner alten Dienststelle erwähnte, sagte er zu. Und dann erklärte einer der wichtigsten Männer der Führerkanzlei, SS-Oberführer

Brack, ihm seine speziellen polizeilichen Aufgaben. Er durfte seinen Einsatzort wählen und entschied sich für Schloss Hartheim, nahe bei seiner Familie. Am dritten Tag dort meinte er, es nicht aushalten zu können. Auf Hartheim tauchte dann die nächste Schreckensfigur auf, die bei allen weiteren Schritten auf seinem grauenvollen Weg eine gewichtige Rolle spielte: Hauptmann Wirth hatte in Brandenburg die ersten Vergasungen von „unheilbar Geisteskranken“ durchgeführt und war nun als Kommissar nach Hartheim gekommen, um „Ordnung in den Saustall“ zu bringen. Dann wurde Wirth Generalinspekteur für alle Euthanasie-Anstalten und später Inspektor der Hauptvernichtungslager. Auch vor Wirth hatte er nun Angst. In Hartheim gab es noch viele Gespräche und moralische Skrupel unter den Mitarbeitern. Ihn beunruhigte das Geschehen, und er war gefühlsmäßig stark berührt. Er entlastete sich durch den Gedanken, dass er an den Tötungen nicht beteiligt war, sondern für die Akten, die Benachrichtigungen der Familien, die Versendung von Habseligkeiten und Urnen verantwortlich war. Genauso entlastend waren aber auch Gespräche mit Kirchenvertretern, die die Euthanasie-Aktionen befürworteten. Er brachte es fertig, die Opfer nicht zu sehen, sich nicht zu informieren, wer sie waren, sondern vertraute voll und ganz den Gutachten und Unterschriften der Ärzte. Er beschränkte sich auf seine Aufgabe, alles ordentlich zu regeln und zu verwalten. Im Februar 1942 war die Arbeit getan, und er wurde wieder nach Berlin bestellt und durfte wählen: entweder zurück nach Linz zum alten Chef oder nach Polen. Dieses Mal fiel ihm die Entscheidung leicht: Lieber Partisanen bekämpfen als zurück nach Linz!

Zuschnappende Falle

Nach seiner Ankunft im SS-Hauptquartier in Lublin wurde er von Brigadeführer Globocnik persönlich und herzlich empfangen, in der Frühlingssonne auf einer Parkbank. Globocnik wollte alles über ihn wissen – und Stangl war klar, dass dieses Gespräch eine Art Test war, „ob ich für meinen neuen Auftrag – was immer er war – wirklich geeignet war.“ Globocnik erklärte ihm, dass die SS nun der Armee im Osten helfen müsse. Er wolle ihm den Aufbau eines Nachschublagers für die Versorgung der Truppen anvertrauen. Das Lager hieß Sobibor, und es ginge um zügiges Erstellen von Baracken, Zäunen, Toren, Gleisen. „Sie sind der Mann dafür.“ Und Stangl ging nach Sobibor, um zu bauen. Zu seinem Erstaunen traf er da Leute, die er von der Euthanasie-Aktion her kannte. Nach einigen Tagen wurde ihm kolportiert, dass Globocnik mit seiner Arbeit nicht zufrieden sei. Und dann zeigte ihm ein Kollege im Wald Gebäude, die genau so aussahen wie die Gaskammer in Schloss Hartheim. Erst jetzt, so sagte er, hätte er geahnt, um was es in Sobibor ging. Er war außer sich und fuhr sofort zurück nach Lublin zum obersten Chef Globocnik, um seinen Auftrag zurückzugeben. Der war freundlich, beruhigte ihn, bot ihm Urlaub und den Besuch seiner Familie an. Über die Gaskammer hat er nicht gesprochen. Nun ging es Schlag auf Schlag: Der verabscheute Brigadeführer Wirth kam ins Lager und hielt eine „ekelhafte und ordinäre Rede“. Stangl wusste, dass das, was in den Vernichtungslagern geschah, ein Verbrechen war. Sein Versetzungswunsch wurde dem Hauptquartier gemeldet, aber er hörte nichts mehr davon. So baute er in Sobibor an dem Lager und lernte, das Vernichtungsgeschehen nicht wahrzunehmen. Eine Zeit lang durfte ihn seine Familie besuchen.

Kommandant der Vernichtung

Dann wurde er nach Treblinka versetzt. Der wieder sehr freundliche und einfühlsame Globocnik ließ ihn kommen und versprach ihm eine rein polizeiliche Aufgabe: Er sollte dafür sorgen, dass die Wertsachen der dort vergasteten Juden auch tatsächlich ihren Bestimmungsort erreichten. Stangl sah sich in einer Falle. Er befürchtete, dass seiner Familie etwas geschehen würde. Zwar wusste er, dass nicht jeder Befehlsverweigerer erschossen würde, aber „wie konnte ich wissen, was für mich gelten würde?“ Er blieb und baute und baute am Lager, während die Züge täglich kamen und die eintreffenden Menschen in kürzester Zeit vergast wurden. Er legte Blumenbeete an und verschönerte den Bahnhof, baute bessere Baracken, Küchen, Friseurräume und verschiedene Werkstätten. Zwar sah er, was geschah, „aber ich tue keinem irgendetwas an.“ Für ihn war nun auch klar, dass es kein Verbrechen war, was er tat, weil, was er tat, nicht aus freiem Willen geschah. Er sorgte, was die Wertsachen betraf, für Ordnung, wurde Teil des großen Intrigen- und Rivalitäts-Gemenges und war schließlich „Globocnik’s Mann“, den er inzwischen verehrte, dem er versprach, seine Aufgabe verantwortungsvoll zu erfüllen. Die täglich eintreffenden Menschen sah er als riesige Masse, deren Gang durch den Schlauch, nackt und zusammengepfercht, er manchmal von einem Hügel aus, gekleidet in einen weißen Reitanzug, betrachtete. Er hätte es nicht ändern können, beteuert er: „Es war System, es funktionierte und war unabänderlich ... Auch wenn ich mich geopfert hätte: Es hätte nicht den geringsten Unterschied gemacht. Es wäre alles genau so weiter gegangen, als ob es nie geschehen wäre und ich selbst nie existiert hätte.“ So blieb er, bis das Lager aufgelöst wurde.

Dr. med. Marianne Bosshard, Ärztin für Psychotherapeutische Medizin, emerit. Prof. für Sozialmedizin und Psychopathologie an der FH Köln, arbeitet jetzt als Psychoanalytikerin in Oberhausen. Lebenslange berufliche Prägung durch das Studium in Bochum/Essen Ende der 60er Jahre

Literatur: Gitta Sereny, Am Abgrund: Gespräche mit dem Henker. Franz Stangl und die Morde von Treblinka. Aus dem Englischen von Helmut Röhring, Frankfurt a.M./Berlin/München 1979/1995 (gebraucht noch erhältlich)

Lesetipps

Johanna Eichmann:

„Du nix Jude, du blond, du deutsch“. Erinnerungen 1926 – 1952
Essen, Klartext 2011, 127 S.

Rolf Abrahamsohn:

„Was machen wir, wenn der Krieg zu Ende ist?“. Lebensstationen 1925 – 2010

Essen, Klartext 2010, 95 S.

Ulrich Brack (Hg.):

Herrschaft und Verfolgung. Marl im Nationalsozialismus

Essen, Klartext 2011 – überarbeitete Neuauflage, samt einliegender DVD mit Zeitzeugen-Interviews (u.a. mit Johanna Eichmann und Rolf Abrahamsohn).

Meine zahlreichen, auch für mich wesentlichen Begegnungen mit Johanna Eichmann und mit Rolf Abrahamsohn hängen mit „oral history“-Zeitzeugenforschung in den 1980er Jahren zusammen, aus denen das von Ulrich Brack herausgegebene Buch entstanden ist. Die seit 2001 in Marl praktizierten und bewährten Abrahamsfeste und Triologie Juden/Christen/Muslime/und religionsskeptische Menschen in Interesse von „Frieden in der Stadt“ verdanken sich auch der Zusammenarbeit auch mit Johanna Eichmann (in Dorsten) und Rolf Abrahamsohn (in Marl). Beide führen eine pädagogische Existenz „nach Auschwitz“, in Erziehung und Bildung vor allem Heranwachsender gegen Menschenverachtung, Rassismus und Faschismus. Ihre Erinnerungen beleuchten, wie es dazu gekommen ist. – Diese drei Bücher gehören zum besten dieses Genres im Deutschsprachigen, mit dem Vorteil der örtlichen und regionalen Verankerung. (Hartmut Dreier)

Johannes Weissinger

Fragen eines Protestanten beim Betrachten eines Fotos

Es war im Mai dieses Jahres: Ein Freund schickte mir eine Mail mit dem kurzen Vermerk „siehe Foto im Anhang“. Er hatte dieses Foto gemacht, als er sich im Internet den ZDF-Gottesdienst vom 15. Mai 2011 ansah. Das Bild zeigt den EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider, die Arme zur Segensbitte ausbreitend, je ein Kreuz neben sich und hinter sich, das eine auf dem Altartisch stehend, das andere abgebildet am Heck eines Flugzeuges der deutschen Luftwaffe, durch die Glaswand der Abflughalle des Militärflughafens Köln-Wahn als optische Kulisse sichtbar. Von dort aus starten Soldatinnen und Soldaten zu ihrem Auslandseinsatz nach Afghanistan und anderswohin – für vier, sechs oder auch zwölf Monate. An diesem Sonntag ist die Abflughalle der Ort für einen Gottesdienst. Das Thema: „Freiheit – am Hindukusch verteidigt?“ Das Bild empört mich, ich halte es für ein historisches Dokument aus der Zeit, als unser Land begann, wieder Krieg zu führen, und in unserer Kirche zum Konsens erklärt wurde, den Gebrauch militärischer Gewalt in bestimmten Situationen als notwendig zu bestimmen.



„Mehr als Worte sagt ein Lied“, sang der Männerchor der Bundeswehr Wahn zu Beginn des Gottesdienstes, auch: „Er ist Gott, Gott für uns, er allein ist letzter Halt.“ Ich dachte: „Mehr als Worte, mehr als ein Lied sagt ein Bild.“ Vor allem: Was sagt dieses Bild all denen – auch in Afghanistan –, die nur dieses Bild sehen, weil sie die gesprochenen Worte nicht kennen oder nicht verstehen? Wie sehen es die beteiligten Soldaten im Rückblick, nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan? Passt das Foto zu den Worten „die Kirche, die steht euch zur Sei-hei-te/ und gibt euch stets das Geleite/... und segnet den Staat und seine Soldaten.“? So Kurt Tucholsky 1928 im „Gesang der englischen Chorknaben“. Was aber sagte Nikolaus Schneider in seiner Predigt (die wie das ganze Textbuch im Internet nachzulesen ist)?

Der Prediger muss es geahnt haben, er will einem Missverständnis vorbeugen: Wir sind als Gemeinde und Nachbarn, sagt er (zu Recht), gefragt, den Familien, die um ihre Angehörigen bangen oder gar den Verlust eines nahen Menschen beklagen, nahe zu sein, zuzuhören und manchmal einfach nur das Naheliegende und Lebensdienliche zu tun. „Das bedeutet nicht, dass wir den Afghanistan-Einsatz in allen seinen Punkten gutheißen. Oder ihm gar eine Art kirchlichen Segen geben.“ Bleibt die Frage: In wie vielen Punkten heißen wir den Afghanistan-Einsatz gut, wenn wir diesen nicht „in allen seinen Punkten“ gutheißen? Und: Gibt die Kirche ihren Segen oder bittet sie Gott um seinen Segen, und für welches Tun kann sie Gottes Segen erbitten?

Der Prediger beschreibt die belastenden Erfahrungen, die nicht spurlos an den zurückgekehrten Soldaten vorübergehen: „Sie mussten schießen und auch töten. Neben ihnen wurden Kameraden getroffen.“ Warum sagt er nicht: „Sie haben geschossen und auch getötet.“ und geht dann auf die dadurch

sich stellenden Fragen ein? Versteht es sich denn von selbst, dass „sie mussten“? Zieht man die Bestreitungen der Rechtmäßigkeit des ‚Kampfeinsatzes‘ Deutschlands am Hindukusch z.B. von Dieter Deiseroth („Jenseits des Rechts“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2009) in Betracht, wird man diese Frage nicht für belanglos halten, ja, diese zu der Frage zuspitzen: Durften sie schießen und töten? Niemand wird bestreiten, dass es eine belastende Erfahrung ist, dass neben einem Kameraden getroffen wurden. Aber wurden nur Kameraden getroffen? Was ist mit den getöteten Afghanen? Und was mit den durch den Krieg Traumatisierten in der afghanischen Bevölkerung? Sie finden auch in der Predigt und in den Gebeten keine explizite Erwähnung. Der Frieden auf Erden, von dem die Engel in der Weihnachtsgeschichte nach Lukas singen,

gilt aber auch, vielleicht gerade diesen vergessenen, „abwesenden Anderen“. „Nie ist von den – bei solchen kriegesischen Einsätzen unvermeidlich – verletzten und/oder getöteten Gegnern die Rede, von den Opfern der anderen Seite.“: Auf diese „Abwesenheit der Anderen“ weist der Vorsitzende des Versöhnungsbundes, Matthias Engelke, von 1997 bis 2001 selbst Militärpfarrer, in seinem Aufsatz „Der Kriegsdienst der Militärseelsorge. Das problematische Verhältnis Kirche und Bundeswehr“ hin (Forum Pazifismus III + IV 2010).

Johannes Weissinger, Jg.48, Pfarrer im Kirchenkreis Wittgenstein, Vorsitzender der Evang. AG für Kriegsdienstverweigerung und Frieden in Westfalen, mehrere Jahre Mitglied im Friedensausschuss der EKvW



DELIA BÖSCH



Krupp entdecken

Auf den Spuren der drei Ringe

Kein Unternehmen, keine Industriellenfamilie hat im Ruhrgebiet so viele Spuren hinterlassen wie Krupp.

Im Jahr 1811, also vor 200 Jahren, gründete Friedrich Krupp in Essen eine Gussstahlfabrik – die Keimzelle eines Weltkonzerns, die Geburtsstunde eines Mythos. Wenn 2011 das 200-jährige Firmenjubiläum gefeiert wird, lässt sich der langlebige Mythos auf drei neuen Thementouren erkunden. Idyllische Gartenstadtsiedlungen wie die Margarethenhöhe oder der Altenhof, das Kruppsche Stammhaus, der neue Krupp-Park und nicht zuletzt die Essener Villa Hügel, das ehemalige Wohnhaus der Familie: nur einige von vielen Stationen einer Entdeckungsreise, wie sie spannender nicht sein könnte.

→ 104 Seiten, zahlr. Abb., 12,95 Euro,
ISBN 978-3-8375-0520-7

Wolfgang Dominik und Manfred Walz

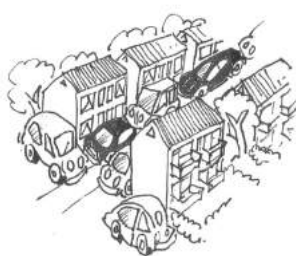
Menschenorte 13

Sich erinnern heißt immer: Von der Zukunft ist die Rede! – bei Klaus Kunold in Bochum

Von Mutters Seite kamen sie aus Ostpreußen, väterlicherseits aus dem „ganz schwarzen Sauerland“. Den Kriegsbeginn erlebte das Schulkind Klaus in Neidenburg/Ostpreußen. Dorthin war er im Sommer mit einem „Sonderzug“ aus Bochum verschickt worden. Die Rückreise führte durch das noch hell erleuchtete Berlin zurück in das schon zum Schutz vor Luftangriffen abgedunkelte Bochum.

Zum Ende des Kriegs war Klaus Kunold 13 Jahre alt. Am 10. April wurde ein Teil Bochums von Amerikanern befreit. Aus Furcht vor dem, was werden könnte und ohne Hoffnung auf ein Dach über dem Kopf, lief der Junge von Riemke aus über die Königsallee bis tief in die Nacht bis nach Volmarstein – immer die Ruhr entlang. Dort waren sie mit Mutter, Vater, dem jüngeren Bruder und der Schwester beim Bauern untergebracht. Ihr Haus in Bochum war abgebrannt – mit allen Möbeln. Dort bei Volmarstein lebten sie mit polnischen und ukrainischen Zwangsarbeitern im Gesindehaus eines Großbauern. Der war strammer Nazi.

Da sie keine Wohnung hatten, wurden sie in Laer in einem großen Haus einquartiert – in zwei Zimmern zu siebent, bei einem alten Nazi. Mit der Lehre traf er's dann gut: in einer Gärtnerei mit Topf- und Gemüsepflanzen. Und noch kostbarer: Auch Tabakpflanzen konnte er ausgeben, bis maximal 25 Stück. Um die Versorgungslage etwas zu verbessern, wurden auf jedem verfügbaren Fleck Boden Gemüsepflanzen angebaut. Nach drei Jahren hatte er seine Lehre abgeschlossen – Hungerzeit. 100 g Nahrungsmittel für jeden, der keine Schwerarbeiterkarte wie die Bergleute hatte. Wie viele andere, ging die Mutter für die Kinder auf den Stoppelfeldern nicht nur Ähren lesen, sondern heimlich Ähren schneiden, die sie im Kinderwagen dann nach Hause schmuggelte.



Klaus Kunold kommt aus einem über Generationen gelebten Verbund, seiner „Großfamilie“. Für sie sind die Erfahrungen des Arbeitsalltags selbstverständliche Lebenslinie. Beide Eltern wurden früh verhaftet – wegen ihres Engagements gegen die Nazis. Sie blieben politisch aktiv, wie andere aus der Verwandtschaft auch. Jetzt entwickelt er seinen politischen Lebenslauf – kein Wort von einer Arbeitsbiographie und beruflichen Positionen. 1950 tritt er in die FDJ ein, 1951 in die KPD. Sie scheinen ihm die konsequentesten Organisationen für sein Lebensmotto zu sein, das ihn bis heute leitet: „Gegen soziale Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit“. 1956 wird die KPD in „Westdeutschland“ verboten. Klaus Kunold bezahlt seine Aktivitäten 1952 und 1962 mit insgesamt 30 Monaten Gefängnis, verurteilt wegen „Staatsgefährdung“; eine Rehabilitierung steht bis heute aus. Beim Antritt seiner zweiten Gefängnisstrafe ist sein Sohn, eins von drei Kindern, drei Monate alt. Ganz im Sinne seiner Eltern und seiner „Großfamilie“ wird er 1955 Mitglied der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)“. Das ist seine erfüllte Lebenspraxis bis heute: Einsatz für die politisch

Verfolgten, für die jüdischen Mitbürger, für die Rechte der Zwangsarbeiter, der Sinti, der Roma. Ein „Wiedergutmachen“ ist unmöglich. Daher geht es ihm und „seiner“ VVN um das Anerkennen ihrer Mühsal, ihrer Qualen und darum, immer wieder daran zu erinnern, dass viele, unzählig viele, ermordet worden sind. Es geht ihm um das genaue Erinnern für eine bessere Zukunft. Den Nazismus hat er kennengelernt, wie er im gewöhnlichen Alltag entsteht. Er soll deshalb benannt werden und niemals wieder Einfluss gewinnen können – in welchen Rassismus er auch immer gekleidet sein mag. Klaus Kunold wurde 2008 für sein antifaschistisches Engagement mit der Ehrenplakette der Stadt Bochum geehrt.



Sein Ziel bleibt: Auch die Firmen, die Luegs, die Nachfolger des Bochumer Vereins, der Zechen der Ruhrkohle, die Bogestra, die Baufirma Hackert und viele andere sollen an ihre Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus vielen Nationen erinnert werden – wenn es sein muss, mit Mahnwachen und Demonstrationen. Erinnern soll sich auch die Bochumer Öffentlichkeit und Du und ich, denn: Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!

Wolfgang Dominik, (Text) (s.S. 8 in diesem Heft) und **Manfred Walz**, (Text + Zeichnung + Foto) Jg. 1940, in Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner für AMOS

Am 26.11. ist Klaus Kunold im Krankenhaus gestorben.

Degenhardt + 14.11.11

Franz-Josef Degenhardt starb nach langer schwerer Krankheit kurz vor seinem 80. Geburtstag.

„Zwischen den Zelten saßen, standen und lagen junge Leute: Fürsten in Lumpen und Loden, Prinzessinnen in Jeans und Tramps in Levis-Leinen und Parkas. Wenn sich irgendwo Widerstand organisierte in diesem Staat, lief diese Nachricht schneller als Notierungen an der Börse. Hoffnung macht hellhörig. Ohne Leute dieser Art wäre zu allen Zeiten manche Widerstandsaktion, Erhebung, Revolte oder sogar Revolution gescheitert, manche allerdings auch gelungen. Sie waren unberechenbar ...“ (aus „Brandstellen“)

„Jeder Traum, an den ich mich verschwendet / Jeder Kampf, da ich mich nicht geschoht / Jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet / Alles hat am Ende sich gelohnt. // Ja, ich hab mein Schicksal längst beschlossen / als ich mich zum Widerspruch entschied / Wenn ich singe Freunde und Genossen / gehen unsre Träume durch mein Lied.“ (von der letzten CD: Dreizehnbogen“)

Krieg gegen den Krieg (2003)

Diesmal werd' ich nicht 3:41 Eigentlich unglaublich, daß ihnen das immer wieder gelingt ... 2:12 In den guten alten Zeiten 6:06 Befragung eines Kriegsdienstverweigerers 4:00 Spaziergang 2:42 Reiter wieder an der schwarzen Mauer 4:39 Denkbar ist aber auch immer noch 2:08 Diesmal Grenada 6:49 Ja, das ist die Sprache der Mörder 1:00 Weltkrieg Nr. 12:32 Quantensprung 5:45 Im Krieg 3:17 Am Fluß 2:13 Früh aus zu engem Bett rausgeflohen 4:50

Au Loong Yu

Mitbestimmung, chinesisch interpretiert (2)

1WUyf

Mit Zitaten zur Erinnerung aus AMOS 3|2010:

Im Juli 2009 widersetzten sich Arbeiter des staatlichen Tonghua Stahlwerks in der Provinz Jilin gewaltsam den wiederholten Versuchen, das Werk zu privatisieren. Ihr Kampf half, die Privatisierung aufzuhalten, und beförderte vergleichbare Kämpfe in anderen staatlichen Stahlwerken. Kurz zuvor hatte die Zentralregierung Anweisungen an die Lokalregierungen herausgegeben, dass lokale Vertreter der Verwaltung und Manager von staatlichen Unternehmen die Gesetze zu respektieren hätten, wozu auch das Konsultationsrecht der Belegschaften und der Betriebsräte (SWRCs – Staff and Workers Representative Congresses) bei jeder Änderung der Eigentumsverhältnisse gehöre.

Die Gesetze über industrielle Demokratie gewährten 100 Millionen Arbeiter in staatlichen Unternehmen Rechte, die viel weiter reichten als das deutsche Betriebsratsmodell. Jedoch schützen diese Gesetze die Arbeiter weder davor, dass ihre Betriebe privatisiert werden, noch dass sie gegen geltendes Recht entlassen werden.

Das SWRC-Modell wurde erstmalig in Folge des Sieges der CCP 1949 eingeführt und überlebte bestenfalls bis zu den „Anti-Rechts-Säuberungen“ von 1957. Danach war es für mehr als 20 Jahre nicht viel mehr als eine leere Hülle. Erst nach Maos Tod 1976 wurde die „demokratische Führung am Arbeitsplatz“ wieder auf die politische Agenda gesetzt.

Inzwischen anerkennt sogar die offizielle Presse die faktische Paralyse der SWRCs, schlicht weil es zu offensichtlich der Fall ist. In der Folge der heftigen Antiprivatisierungskämpfe der Arbeiter von Tonghua Steel veröffentlichte eine chinesische Zeitung im Juli 2009 einen Artikel, der überschrieben war mit „Warum sind die SWRCs nutzlos?“ und im Detail darlegte, wie und warum die SWRCs ihrer Verantwortung nicht genügen, die Rechte und Interessen der Arbeiter zu schützen.

Nach den Buchstaben des Gesetzes verfügen die SWRCs über beträchtliche Macht. Gemäß des Artikels 52 des „Gesetzes der Volksrepublik China über Industrieunternehmen im Besitz des gesamten chinesischen Volkes“ von 1998 kann die Generalversammlung der SWRCs in fünf Bereichen Zuständigkeit reklamieren, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

- 1) bei bedeutenden strategischen Politikfeldern der Betriebe konsultiert zu werden;
- 2) das Recht über die Verteilung der Einkommen mitzubestimmen, einschließlich des Anteils von Löhnen und Bonuszahlungen, und das Recht, wichtige Regulierungen (der Unternehmen) zu setzen;
- 3) gemeinsam mit dem Management über die Verwendung der Arbeitersozialkasse, über die Verteilung von Sozialwohnungen unter den Arbeitern und alle bedeutenden Aspekte in Bezug auf die Wohlfahrt der Arbeiter zu entscheiden;
- 4) die Leistung des Leitungspersonals auf allen Ebenen zu beobachten und Vorschläge bezüglich der Auszeichnung oder der Abmahnung zu machen;
- 5) in Übereinstimmung mit dem Abkommen der überwachenden

den Regierungsbehörde hat sie das Recht, den Direktor des Unternehmens zu ernennen oder zu entlassen, mindestens jedoch eine Kandidatenliste vorzuschlagen.

Betriebsräte in Deutschland sind den SWRCs in China ähnlich, abgesehen davon, dass die chinesische Variante mehr Macht hat als ihr deutscher Cousin. Zum Beispiel müssen deutsche Betriebsräte bei der Besetzung des Chefposts oder überhaupt der Auswahl des Managements nicht einmal konsultiert werden, von einem Recht, an der Entscheidung beteiligt zu werden, ganz zu schweigen.

Aber der Teufel liegt im Detail. Während das Unternehmensmanagement in Deutschland nicht für die Betriebsratswahlen kandidieren darf, ist es ihrem chinesischen Gegenstück nicht nur erlaubt, es ist tatsächlich gewährleistet, dass „Management-Führungskader des Unternehmens, einschließlich solcher in der Produktion und den verschiedenen Abteilungen, ein Fünftel der SWRC-Delegierten ausmachen“.

Als weiteren Unterschied zwischen Chinas SWRCs und Deutschlands Praxis kann der Umstand benannt werden, dass Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland zwei unabhängige Systeme bilden. In China verhält es sich geradezu umgekehrt: Eine Betriebsgewerkschaft des Chinesischen Gewerkschaftsbundes (ACTFU – All Chinese Federation of Trade Unions) ist als Entscheidungsgremium des SWRC festgelegt und auch für die Organisation der SWRC-Delegiertenwahlen verantwortlich. Dieses Arrangement sichert also die Macht der CCP-Kader, die die ACTFU kontrollieren, die SWRCs um ihre nominelle Macht zu bringen und die Arbeiter noch effektiver in ihrem festen Griff zu halten.

Noch nicht einmal eine verwässerte „Unternehmensdemokratie“ funktioniert in China seit 1982 irgendwie. Das Gesetz wird von den Führungskadern oft umgangen oder ignoriert. Zum Beispiel berichtet die schon zitierte Dong Fong Daily, dass der Anteil der SWRC-Delegierten mit Management-Hintergrund oft über das Limit von einem Fünftel hinausgeht und manchmal sogar bei über der Hälfte liegt.

Weiterhin muss festgestellt werden, dass SWRC-Delegierte nur selten durch ein sauberes Verfahren einer freien Wahlkampagne gehen, worin Kandidaten sich um Sitze bewerben. Häufiger sind die Vertreter von den Führungskadern handverlesen, so dass die SWRCs zu Jasagern werden, gerade wie es die Gewerkschaften sind.

Wenn wir daraus etwas lernen können, dann dies: Selbst wenn ein Top-Down-Zugang zu Arbeitsrechtsreformen für eine gewisse Zeit zugunsten der ökonomischen Interessen der arbeitenden Bevölkerung wirkt, wirkt er doch auch als Bremse in Bezug auf ihre Fähigkeit und ihre Macht, sich selbst zu organisieren. Im Fall des Widerrufs der Arbeitsrechtsreformen durch die herrschende Klasse hat die arbeitende Bevölkerung dann schlicht nicht die Mittel, sich gegen diesen Raub zu wehren.

Au Loong-Yu ist unabhängiger linker Publizist und Redakteur der Internet-website China Labor Net in Hong Kong (<http://www.worldlabour.org/eng/>). weitere Infos s. AMOS 1|2011, S. 21

Übersetzung: Stefan Hochstadt

Solidarität: Besetzt Wall Street!

„Besetzt Wall Street“ gehört zum Besten, was Amerika seit Beginn der Wirtschaftskrise passierte. Besetzungen breiten sich aus. Wir stehen auf und wehren uns. So zeigen wir, dass ein anderes Zusammenleben, eine andere Welt möglich ist.

Wir sind eine Bewegung der Benachteiligten. In dieser Bewegung umarmen und verbünden sich die Arbeitslosen, Obdachlosen, die Gekränkten, die Getretenen, die Unterdrückten. Wir heißen alle willkommen, die diskriminiert sind, jene, die Ausgegrenzte, Rechtlose sind. Um dieses Miteinander geht es in der Demokratie, vor allem anderen. Und darum schaffen wir eine unabhängige Bewegung im Kampf für Demokratie.

Wir haben nicht erst gestern angefangen. Frühere Proteste von Gewerkschaften und Initiativgruppen und Besetzungen wie Bloomborgville fielen zuerst noch auf taube Ohren. Jetzt aber werden wir täglich stärker. Die ganze Welt blickt auf uns – und die Gewerkschaften und Gruppen für soziale Gerechtigkeit aus New York City schließen sich an. Wir laden jeden und alle ein, hier und heute mitzugehen zu der Besetzung und wann immer möglich wiederzukommen zum Mitmachen.

Wir wissen, dass die Banken und die Wirtschaft das heutige Amerika beherrschen. Wir wissen, dass die Chefs der Wirtschaftsverbände und Finanzspekulantinnen mit den Republikanern und Demokraten gemeinsame Sache machen, um zu bestimmen, was passiert. Gemeinsam schaffen sie die Spielregeln und gemeinsam scheffeln sie Profit. Wir zahlen die Zechen. Es ist Zeit, das zu stoppen.

Wir brauchen eine neue Verteilung des Reichtums in unserem Land. Wir brauchen Arbeit für alle und ausreichendes Einkommen zum Leben. Wir brauchen kostenlose Schulen und Ausbildung, kostenlose Krankenbehandlung, für alle. Und das kann auch möglich gemacht werden. Wir müssen beginnen mit dem Beenden der Kriege im Irak und in Afghanistan, mit dem Zurückbringen aller Truppen nach Hause und dem Schließen der Hunderte von US-amerikanischen Militärstützpunkten rings um den Globus. Was am wichtigsten ist: Wir müssen das System ändern.

Die Erklärung zur Besetzung von New York City vom 30. September klagt die Wirtschaftsunternehmen an, dass sie verantwortlich sind für Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Umweltzerstörung und Imperialismus. Diese Erklärung beschreibt den Schaden, den das kapitalistische System in den USA und in der ganzen Welt verursacht hat.

Wall Street ist das Nervenzentrum des globalen Kapitalismus. Wir sind hier in Wall Street und starren der Spinne ins Auge – und wir wissen: Das Problem ist nicht die Spinne, sondern das ganze Netz.

Jetzt streiken wir hier symbolisch im Herzen des Systems, hier in Wall Street. In der kommenden Zeit müssen wir fortfahren, eine Bewegung zu bilden, die das System verändert in eine neue Ordnung wirklicher Gleichheit und Demokratie. Jeder Mensch in unserem Land – und natürlich in der Welt – hat verdient, in Würde zu leben. Die dem im Wege stehen, das sind die Finanzinstitutionen, die hier in Wall Street konzentriert sind. Im Wege zu stehen, das ist das Netz: Kapitalismus.

Wir müssen unsere Bewegung verstärken. Die Kraft unserer Bewegung, das sind nicht schon die teilnehmenden Einzelnen hier, sondern die Verbindungen zu unseren Familien und Freunden, zu unseren Wohnorten, Orten und Arbeitsplätzen, zu unseren Gewerkschaften, Schulen und religiösen Gemeinden. Es muss gelingen, dass wir diese Gruppierungen zu einer sozialen Kraft verbünden, zu einer politischen Bewegung aufgrund von Solidarität zwischen der Arbeiterklasse und allen Unterdrückten. Nicht um einzelne politische Führungspersonen geht es, nicht um einzelne Banker oder Bosse. Nicht um einzelne Demokraten und Republikaner.

Was wir mit Politik meinen, ist die Politik der Bevölkerung, von allen, die erkennen: Es muss anders werden. Unsere Bewegung wurde begonnen von den jungen Leuten ohne Arbeit, die die Ausbildung nicht bezahlen können. Wir müssen zu einer Bewegung werden von arbeitenden Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, von Familien, die ihr Zuhause verloren haben und von Menschen mit anderer Hautfarbe, die niemals wirkliche Chancengleichheit hatten. Wir arbeiten zusammen, um die Kraft und die Macht zu werden, um ein neues demokratisches System in unserem Land zu errichten und unserer Gesellschaft Gerechtigkeit zu bringen.

Es ist wunderbar und aufregend, dass wir hier zusammen sind. Wir müssen lernen von den Ägyptern auf dem Tahrir Platz, von den Ungeduldigen auf den Plätzen in Spanien, von den Arbeitern in Wisconsin. „Wall Street Besetzen“ hat zu Besetzungsbewegungen überall im Land geführt. Wir sind Teil einer internationalen Bewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit auf der ganzen Welt. Wir sind Teil einer neuen Bewegung, die in der Lage ist, die Geschichte und die Richtung zu verändern, in der die Welt bisher marschieren muss. Wir sind eine Bewegung, die unseren Planeten und seine BewohnerInnen retten kann, indem ein anderes System errungen wird.

Übersetzung ins Deutsche: Hartmut Dreier/AMOS

Link-Tipps

- zum Originaltext in Englisch:
<http://www.solidarity-us.org/current/node/3408>
- zur Deklaration der ‚Generalversammlung‘ von New York City vom 29.9.2011 in Deutsch:
<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/occupy2.html>
- über/zu Naomi Klein, der kanadischen Journalistin und Autorin (u.a. der Bücher „No Logo“ und „Die Schock-Strategie“), die am 6.10.2011 bei Occupy Wall Street in New York eine Rede gehalten hat - in Deutsch zu lesen unter dem nächsten Link:
<http://www.echte-demokratie-jetzt.de/2011/10/das-wichtigste-was-es-gibt/>
http://de.wikipedia.org/wiki/Naomi_Klein
<http://www.echte-demokratie-jetzt.de/occupy-wallstreet-17th-sept/>
<http://www.naomiklein.org/articles/2011/10/occupy-wallstreet-most-important-thing-world-now>
- Immer wichtige Seite mit vielen Dokus und Infos:
<http://www.labournet.de/internationales/usa/occupy.html>

Bewegung für Boykott, Divestment und Sanktionen – BDS – am 27.11.2011 in den „Besetzten Gebieten“

Europas Aufruf an Supermärkte und Regierungen, um Israels Apartheid von der Speisekarte zu nehmen

Gegen Früchte- und Gemüse-Importe aus Israel finden in zehn europäischen Ländern inzwischen mehr als 60 Aktionen statt.

In einer Welle von Demonstrationen, Blitz- und Lobbyaktionen von europäischen Menschenrechtsorganisationen, Handelsunionen, NGOs und religiösen Gruppen wird dazu aufgerufen, den Handel mit israelischen landwirtschaftlichen Exportfirmen wie ‚Mehadrin‘ und ‚Agrexco‘ abubrechen – und zwar wegen ihrer Mittäterschaft an israelischen Verletzungen des Völkerrechts und der palästinensischen Rechte.

Die Aktionen unter dem Spruchband „Nehmt die Apartheid von der Speisekarte“ zielen dahin, die Rolle von israelischen Landwirtschaftsgenossenschaften beim Diebstahl palästinensischen Landes und palästinensischer Ressourcen in den illegal besetzten palästinensischen Gebieten und die Ausbeutung der palästinensischen Arbeiter bewusst zu machen.

Demonstrationen wurden z.B. durchgeführt außerhalb der britischen und französischen Hauptquartiere des führenden israelischen Frucht- und Gemüseexporteurs ‚Mehadrin‘, der Produkte von illegalen israelischen Siedlungen aus dem besetzten palästinensischen Gebiet wegexportiert und mit der staatlichen israelischen Gesellschaft ‚Mekerot‘ zusammenarbeitet, die den palästinensischen Gemeinden das Wasser wegnimmt.

Kampagnenteilnehmer in Rom organisierten ein Palästina-Kontingent bei einer nationalen Demonstration für finanziell tragbaren Zugang zu Wasser.

Jamal Juma, Koordinator von „Stop the Wall“ der palästinensischen Anti-Apartheid-Mauer-Kampagne, die im Augenblick die Beduinensiedlung Al-Hadidye (in den besetzten palästinensischen Gebieten) unterstützt, welche einen Abrissbefehl von den israelischen Behörden erhielt, sagte: „Den Bewohnern von Al-Hadidye wird der Zugang zu Wasser verweigert ... In den nahen illegalen Siedlungen von Ro’l und Beqa’ot werden landwirtschaftliche Produkte mit einer Fülle von gestohlenem Wasser angebaut, um es durch ‚Mehadrin‘ und andere Genossenschaften nach Europa zu exportieren. ... Genossenschaften wie ‚Mehadrin‘ profitieren und sind oft direkt an der fortschreitenden Kolonisierung des palästinensischen Landes und an dem Diebstahl unserer Ressourcen beteiligt. Der Handel mit solchen Genossenschaften ist eine Art Unterstützung für das israelische Apartheidregime über das palästinensische Volk und muss zu einem Ende gebracht werden“.

Teilnehmer dieser Kampagnen in Belgien, England, Deutschland, Schweiz, Norwegen und Schweden machen Demonstrationen vor den Supermärkten und rufen die Konsumenten dazu auf, Waren von israelischen Landwirtschafts-genossenschaften nicht zu kaufen.

„Öffentliche BDS-Kampagnen und der gesellschaftliche Druck, der von ihnen ausgeht, hat schon Supermärkte in einer Reihe europäischer Länder gezwungen, eine Firmenpolitik zu betreiben, von der sie behaupten, den Verkauf von Produkten aus israelischen Siedlungen zu verhindern“, sagte Hind Awwad, Koordinatorin des nationalen palästinensischen BDS-Komitees. Aber es ist auch nachgewiesen worden, dass diese

Genossenschaften die Konsumenten über den Ursprung der Produkte, die sie kaufen, täuschen. Deshalb rufen die Mitglieder der Kampagnen dazu auf, den Handel mit diesen Genossenschaften vollends zu beenden“, fügte sie hinzu.

In Belgien halten die Mitglieder der Kampagne Lobbyaktionen vor dem Amtssitz des Wirtschaftsministeriums, um gegen den Verkauf von in den illegalen Siedlungen wachsenden Produkten zu protestieren.

In England demonstrierten Mitglieder der Kampagne vor den Ämtern der britischen Tochtergesellschaft israelischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, einschließlich von ‚Bickel-Flowers‘ und ‚Edom‘. Zusammen mit der israelischen Genossenschaft ‚Orian‘ erwarb ‚Bickel Flowers‘ kürzlich die in Schwierigkeiten geratene ‚Agrexco‘-Exportfirma, die zur Liquidation aufgerufen wurde, nachdem Rekordverluste festgestellt wurden und sie ihre Gläubiger nicht mehr bezahlen konnte. Mitglieder der Kampagne sagen, dass ihre europaweite Kampagne ein bedeutender Faktor bei dem Kollaps dieser Firma war. Dazu gehörten allgemeine Boykotts, Demonstrationen vor Supermärkten, Blockaden von Genossenschaftsgelände und Lobbying.

Die Aktionen werden als Teil der schnell wachsenden, von Palästinensern angeführten Bewegung für Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS) so lange stattfinden, bis Israel die Bedingungen des Völkerrechts erfüllt.

(dt. Ellen Rohlf; gekürzt durch AMOS)

Interviewauszug

Alan Boesak

Sanktionen und internationale Solidarität ...

Auszug aus einem Interview von Hanan Chahata (MEMO) mit Pastor Allan Boesak, dem im Befreiungskampf gegen die Apartheid im südlichen Afrika engagierten früheren Präsidenten des Weltbundes der Reformierten Kirchen und Unterzeichner der südafrikanischen christlichen Antwort auf das Kairos-Palästina-Dokument. Am 7. November 2011 gab er bei der 3. Sitzung des Russel-Tribunals über Palästina in Kapstadt einen Bericht als Experte.

HC: Man schätzt, dass es weltweit 50 Millionen christliche Zionisten gibt. Was würden Sie ihnen raten hinsichtlich ihrer Unterstützung für den Staat Israel, der – wie Sie sagen – auf biblischer Argumentation basiert?

AB: Es ist ... die Weise, wie diese Leute die Bibel lesen und interpretieren. ... Uns war bis vor kurzem nicht klar, wie gefährlich die Ansichten dieser Leute sind, nicht nur für die Palästinenser und für Muslime im allgemeinen, sondern auch für die christliche Kirche selbst. Jetzt, wo wir beginnen zu sehen, wie tödlich diese Logik ist, wie absolut antichristlich und antimenschlich diese Logik ist, haben wir keine Entschuldigungen mehr.

HC: In der Vergangenheit drängte man die westlichen Länder, wirtschaftliche Sanktionen über das Südafrikanische Apartheidregime zu verhängen. Würden Sie einen ähnlichen Aufruf für Sanktionen gegen den Staat Israel unterstützen?

AB: Absolut! Druck, Druck, Druck von allen Seiten: finanzielle Sanktionen, Banksanktionen, Sportsanktionen, kulturelle Sanktionen; ich spreche aus eigener Erfahrung. ... Und man muss starke internationale Solidarität haben; das ist der einzige Weg, dass dies funktioniert.

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann

Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

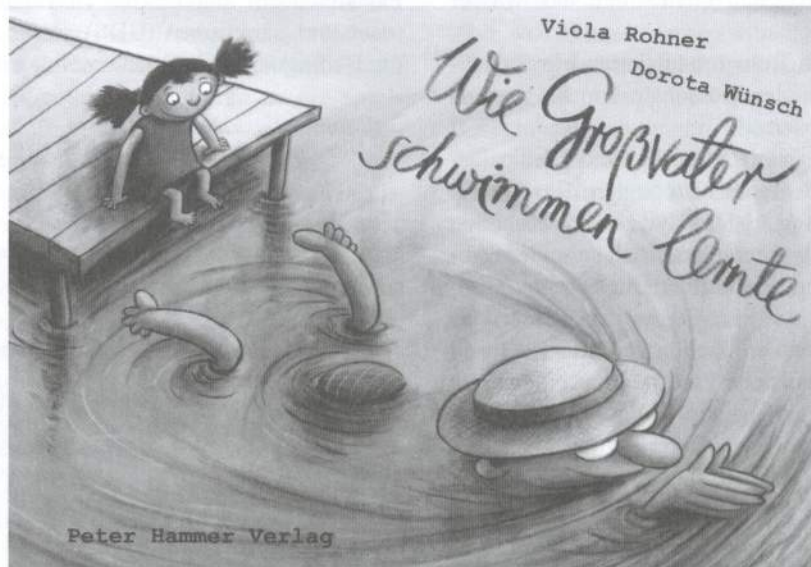
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Über Junge und Alte und das gemeinsame Glück

Das kleine Mädchen und der Großvater unternehmen vieles zusammen. Sehen sich die Züge am Bahnhof an, besuchen die Affen im Zoo, kaufen Brezeln auf dem Markt. Und immer, wenn sie losgehen, sagt der Großvater: Vielleicht ist dies das letzte Mal. Eines Tages aber will das Mädchen etwas unternehmen, das für den Großvater das allererste Mal ist: schwimmen gehen! Ein warmherziges Bilderbuch über das Großwerden und das Altwerden.



Viola Rohner (Text) | Dorota Wunsch (Illustr.) **Wie Großvater schwimmen lernte**
24 S., geb., ab 4, € 13,90, ISBN 978-3-7795-0353-8



PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de